



Stadtratssitzung

Donnerstag, 9. September 2010, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Initiative „Energie-Wende Bern“ und Gegenvorschlag des Stadtrats (Abstimmungsbotschaft) (FSU: Sollberger / SUE: Nause)	09.000378
2. Motion Natalie Imboden (GB) vom 25. August 2005: Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel – Beteiligungsstrategie überdenken; Abschreibung (FSU: Meier / SUE: Nause)	05.000403
3. Motion Ruedi Keller (SP): Energie Wende Bern Sozialverträglich: Atomausstieg ja, aber ohne Gefährdung von ewb und seinen Arbeitsplätzen (SUE: Nause)	08.000393
4. Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Sicherheit: Setzt der Gemeinderat den Volksentscheid nicht um? (SUE: Nause)	10.000189
5. Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Warten auf Godot im Bärengraben – und im BärenPark! (SUE: Nause)	10.000168
6. Reglement über das Schulwesen; Teilrevision (Abstimmungsbotschaft zur Stadtratsvorlage und zum überparteilichen Volksvorschlag „Starke Volksschule“) (SBK: Anliker / BSS: Olibet)	02.000419
7. Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse (Abstimmungsbotschaft) (PVS: Lutz / PRD: Tschäppät)	10.000185
8. Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Aufwertung des SRG-Standortes Bern: Wann wird das Hauptstadt-Studio Realität? (PRD: Tschäppät)	10.000167
9. Motion Fraktion GFL/EVP (Daniel Klauser, GFL/Nadia Omar, GFL): Zweirad-Parkplatz Konzept für die Stadt Bern (TVS: Rytz)	09.000379
10. Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO (Manuel C. Widmer, GFL/Stefan Jordi, SP): Mehr Transparenz und Gewissheit für Fussgänger/innen und Velofahrende: Gemeinsam genutzte Flächen offensichtlich kennzeichnen (TVS: Rytz)	09.000415
11. Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB/Rahel Ruch, JA!): Ein Velo-verleihsystem für Stadt und Agglomeration Bern (TVS: Rytz)	09.000277
12. Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): "Ozon-Ticket" für BERNMOBIL (TVS: Rytz)	09.000300
13. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Unternutzte Berner Friedhöfe: Teilflächen für Wohnzweck umnutzen? (TVS: Rytz)	09.000419
14. Reglement über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs vom 13. Juni 1999 (RFFV); Revison Artikel 7, 8 und 11 (PVS: Trede / TVS: Rytz)	04.000036

15. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Lea Kusano, SP): Autos oder Bäume? (TVS: Rytz)	10.000188
16. Motion Henri-Charles Beuchat (CVP) und Kurt Hirsbrunner (BDP): Aktiv für gute Luft – erste Stadt mit Anreizsystem für Hybridfahrzeuge und e-Mobiles (TVS: Rytz)	09.000297
17. Motion Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher/Natalie Imboden, GB): Bollwerk, Schützenmatte und Zugangsachsen besser beleuchten (TVS: Rytz)	09.000386
18. Motion Henri-Charles Beuchat (CVP) und Kurt Hirsbrunner (BDP): Es ist nicht alles Müll was glänzt (TVS: Rytz)	09.000412
19. Motion Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB/Rahel Ruch, JA!): Keine sexistische und rassistische Werbung in der Stadt Bern (TVS: Rytz)	09.000387
20. Interpellation Jimmy Hofer (parteilos): Hochwasser 2005 (TVS: Rytz)	10.000037
21. Interpellation Beat Gubser (EDU): Warum werden gesammelte Kunststoffe verbrannt? (TVS: Rytz)	10.000038

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 23	991
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	994
Mitteilungen des Präsidenten.....	995
Traktandenliste	996
1 Initiative „EnergieWendeBern“ und Gegenvorschlag des Stadtrats (Abstimmungsbotschaft).....	997
2 Motion Natalie Imboden (GB) vom 25. August 2005: Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel – Beteiligungsstrategie überdenken; Abschreibung.....	1013
3 Motion Ruedi Keller (SP): Energie Wende Bern Sozialverträglich: Atomausstieg ja, aber ohne Gefährdung von ewb und seinen Arbeitsplätzen	1013
4 Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Sicherheit: Setzt der Gemeinderat den Volksentscheid nicht um?	1014
5 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Warten auf Godot im Bärengraben – und im BärenPark!	1015
Persönliche Eerklärung	1016
6 Reglement über das Schulwesen; Teilrevision (Abstimmungsbotschaft zur Stadtratsvorlage und zum überparteilichen Volksvorschlag „Starke Volksschule“).....	1016
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr	1021
Traktandenliste	1022
6 Fortsetzung: Reglement über das Schulwesen; Teilrevision (Abstimmungsbotschaft zur Stadtratsvorlage und zum überparteilichen Volksvorschlag „Starke Volksschule“).....	1022
7 Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse (Abstimmungsbotschaft)	1025
8 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Aufwertung des SRG-Standortes Bern: Wann wird das Hauptstadt-Studio Realität?	1028
9 Motion Fraktion GFL/EVP (Daniel Klausner, GFL/Nadia Omar, GFL): Zweirad-Parkplatz-Konzept für die Stadt Bern.....	1029
10 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO (Manuel C. Widmer, GFL/Stefan Jordi, SP): Mehr Transparenz und Gewissheit für Fussgänger/innen und Velofahrende: Gemeinsam genutzte Flächen offensichtlich kennzeichnen	1032

11	Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB/Rahel Ruch, JA!): Ein Velo-verleihsystem für Stadt und Agglomeration Bern.....	1034
12	Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): „Ozon-Ticket“ für BERNMOBIL.....	1037
15	Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Lea Kusano, SP): Autos oder Bäume? ...	1039
20	Interpellation Jimmy Hofer (parteilos): Hochwasser 2005	1040
	Eingänge	1041

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Peter Ammann
Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Buechi
Giovanna Battagliero
Kathrin Bertschy
Henri-Charles Beuchat
Sonja Bietenhard
Lea Bill
Manfred Blaser
Peter Bühler
Rithy Chheng
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Regula Fischer
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Judith Gasser
Jeannette Glauser
Simon Glauser
Claude Grosjean

Guglielmo Grossi
Beat Gubser
Lukas Gutzwiller
Kurt Hirsbrunner
Jimmy Hofer
Mario Imhof
Roland Jakob
Ueli Jaisli
Dannie Jost
Ruedi Keller
Daniel Klausner
Vania Kohli
Michael Köpfli
Peter Künzler
Lea Kusano
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Martin Mäder
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Robert Meyer
Christine Michel

Patrizia Mordini
Philippe Müller
Stéphanie Penher
Halua Pinto de Magalhães
Rahel Ruch
Hasim Sancar
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Miriam Schwarz
Yves Seydoux
Tanja Sollberger
Hasim Sönmez
Barbara Streit-Stettler
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Tanja Walliser
Béatrice Wertli
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Vinzenz Bartlome
Tania Espinoza
Thomas Göttin

Leyla Gül
Stefan Jordi
Pascal Rub

Aline Trede
Peter Wasserfallen
Thomas Weil

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI
Reto Nause SUE

Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stv. Ratssekretär
Christine Gyga Aglamaz,
Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
Petra Hirt, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Vorerst begrüsse ich unser neues respektive neu-altes Mitglied Roland Jakob der SVPplus-Fraktion. Er ist den meisten von der letzten Legislatur bekannt. Roland Jakob ist 44-jährig, Malermeister, verheiratet, und hat zwei Töchter. Er gibt sein Comeback nicht nur als Stadtrat, sondern auch als neuer Fraktionspräsident. Herzliche Gratulation zu diesem Ehrenamt und einen guten Neustart.

Wie Sie den Medien entnehmen konnten, tritt mit der heutigen Sitzung Philippe Müller zurück. Ich lese sein Rücktrittsschreiben vor: „Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Edith Olibet. Ich trete aus dem Stadtrat zurück. Mit etwas Wehmut, weil ich sehr gerne mitgearbeitet habe hier im Team, auch wenn es mir die Mehrheit des Teams nicht immer einfach machte, weil sie oft nach dem Motto „Wir haben die Macht, also haben wir auch Recht“ operierte. Doch im Grossen und Ganzen habe ich meine Ratstätigkeit als bereichernd empfunden. Ich liebte es, zu debattieren, lustvoll zu streiten und letztendlich einen Konsens zu finden. Doch als den grössten Gewinn meiner Ratstätigkeit erachte ich die Tatsache, dass ich aus den Erfahrungen, die ich als Mitglied der Minderheit machen musste, meine Lehren ziehen konnte: Ich habe gelernt, nicht gleichgültig zu werden. Und ich habe im Streit der Meinungen und Interessen gelernt, die Auffassungen nicht als in Stein gemeisselt anzunehmen, als seien die Irrtümer der einen Seite die Rechtfertigung der anderen. Ich gehe aber auch mit etwas Unmut. Mein Unmut richtet sich gegen die Verwässerung der Legislative durch die Exekutive. Die 80 Mitglieder des Stadtrats sind die Legislative, die Gesetz gebenden Gewalt. Die drei Damen und zwei Herren im Gemeinderat sind die ausführende Gewalt. Was jetzt fast so tönt wie die erste Stunde im Staatskundeunterricht möchte ich als Appell an den gesamten Gemeinderat verstanden wissen, der sich zunehmend in die Arbeit des Stadtrats einmischt. Ich sage kurz und bündig: Schluss damit! Und damit komme ich zum Ende meines Schreibens: Ich danke allen! Den politischen Freunden, die mich unterstützen ebenso wie den Gegnern, die mich gezwungen haben, meinen Verstand zu schärfen. Den Mitarbeitenden der Stadtkanzlei und des Ratssekretariats für ihre engagierte Arbeit. Den „Guten Geistern“, das heisst vom Weibel über die Reinigungsdienste bis hin zu den Damen an der Garderobe und des Rathauses, in dem ich nun als Grossrat weiterhin mit Freude ein- und ausgehen werde. Zu guter Letzt noch ein Abschiedsgrusswort an Gemeinderätin Edith Olibet, die in den Medien zu meiner Intimfeindin stilisiert wurde: Ich habe unser gespanntes Verhältnis immer als sehr spannend empfunden. Nicht im Sinne von Feindschaft, sondern im Sinne einer Auseinandersetzung zwischen ebenbürtigen Gegnern, die sich gegenseitig nichts schenken. Sie haben mich dazu gezwungen, stets auf der Höhe des Geschehens zu bleiben. Dafür möchte ich Ihnen danken! Wie sagte doch der ehemalige Tennisstar John McEnroe: „Wenn du deinen grössten Gegner verlierst, verlierst du auch einen Teil deiner selbst“. Nun, soweit soll es nicht kommen, ich versichere Ihnen, liebe Frau Olibet, ich werde weiterhin dran bleiben, was die Sozialpolitik betrifft... Apropos Dranbleiben: Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, dass sie dran bleiben. Zum Wohle der Stadt im Speziellen, zum Wohle unserer Nachkommen, und last not least im Einsatz für die Demokratie, die Churchill einmal so treffend definiert hatte: ‚Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen.‘ Ich danke Ihnen.“ Vielen Dank Philippe Müller für das Schreiben. Ich wünsche Ihnen auch im Namen aller Anwesenden alles Gute in Ihrem weiteren Wirken als Politiker, insbesondere nun als Grossrat in diesem Saal. – *Applaus* –

Philippe Müller lädt alle nach der zweiten Sitzung zu einem Umtrunk ins Restaurant Krone, Seite Postgasse ein. Herzlichen Dank für die Einladung.

Traktandenliste

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Zur heutigen Traktandenliste habe ich nichts anzumerken. Zu den Traktanden der nächsten Woche liegt jedoch ein Antrag von Luzius Theiler auf dem Tisch. Dazu hat Gemeinderätin Barbara Hayoz eine kurze Erklärung verlangt.

Antrag Luzius Theiler

Die für den 16. September 2010 vorgesehene Budgetdebatte wird aufgrund der Abwesenheit der Finanzdirektorin auf den 23. September 2010 verschoben.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Die Diskussion über die geplante Teilnahme von mir und von Stadtpräsident Alexander Tschäppät an den 300-Jahr-Feiern in New Bern veranlasst mich, folgende Erklärung abzugeben:

Die Einladung nach New Bern liegt dem Gemeinderat formell seit drei Jahren vor. Bereits damals brachten die Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer Tochterstadt zum Ausdruck, dass sich New Bern freuen würde, wenn es eine Delegation des Gemeinderats empfangen könnte. Im April 2009 hat sich auch die Gouverneurin von North Carolina persönlich an den Gemeinderat gewandt und erneuerte ihrerseits die Einladung. Schliesslich hat auch die offizielle Delegation aus New Bern, die Ende 2009 unsere Stadt besuchte, betont, dass sie die Präsenz der Mutterstadt am 300-Jahr-Jubiläum schätzen würde.

Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, die Beziehungen zu Berns Tochterstadt in den USA aufrecht zu erhalten und die Verbundenheit mit New Bern zu pflegen. Für ihn war deshalb klar, dass er die Einladung annehmen und mit dem Stadtpräsidenten, der Vizestadtpräsidentin und dem Stadtschreiber eine Delegation abordnen wird.

Als sich im Sommer dieses Jahrs abzeichnete, dass es aufgrund der Budgetdebatte zu einer Terminüberschneidung kommt, hat sich der Gemeinderat mit dem Stadtratspräsidium in Verbindung gesetzt und hat mit ihm eine Stellvertretungsregelung für die Vorkehrungen für den konkreten und korrekten Ablauf der Eintretensdebatte getroffen. Das Stadtratspräsidium und die Fraktionspräsidien wurden frühzeitig über meine Abwesenheit an der Eintretensdebatte ins Bild gesetzt. Seitens des Büros des Stadtratspräsidiums erfolgte keine Kritik an dieser Terminkollision und es wurden auch keine Bedenken gegenüber unserem Vorgehensvorschlag geäussert.

Die Diskussion in den letzten Tagen hat nun aber gezeigt, dass die Situation inzwischen anders beurteilt wird. Meine Abwesenheit an der Eintretensdebatte zum Budget stösst in allen Fraktionen auf Unverständnis. Dabei möchte ich betonen: Es ist weder meine Absicht noch die Absicht des Stadtpräsidenten oder des Gesamtgemeinderats, den Eindruck mangelnder Wertschätzung gegenüber dem Stadtrat zu erwecken. Die Stadtregierung hat stets deutlich gemacht, wie wichtig es ihr ist, ein gutes und ein konstruktives Verhältnis mit dem Stadtrat zu pflegen.

Der Stadtpräsident und ich nehmen das Unbehagen im Stadtrat ernst und wir haben beschlossen, der Kritik Rechnung zu tragen. Angesichts der Bedeutung, die der Stadtrat der Anwesenheit der Gemeinderatsmitglieder an der Budgetdebatte beimisst, insbesondere der Teilnahme der Finanzdirektorin, haben wir entschieden, die Abreise nach New Bern bis nach der ersten Budgetrunde zu verschieben. Das heisst: Der Stadtpräsident und ich werden am 16. September während der ganzen Budgetberatung anwesend sein.

Damit wollen wir den gewohnten und reibungslosen Ablauf der Budgetberatungen sicherstellen. Für mich und den Gemeinderat hat die rechtzeitige Verabschiedung des Budgets oberste Priorität. Es wäre unverantwortlich und nicht zu rechtfertigen, wenn aufgrund des vorliegen-

den Ordnungsantrags die Budgetberatung verschoben und das Budget nicht rechtzeitig unter Dach und Fach gebracht werden könnte. Dieses Risiko will niemand eingehen – weder ich, noch der Stadtpräsident, noch der Gesamtgemeinderat. Das Budget ist zu wichtig, als dass es zum politischen Spielball werden darf.

Die Verschiebung, das möchte ich nicht verhehlen, führt in New Bern zu Friktionen und organisatorischen Problemen. Die Delegation des Gemeinderats wird nicht in der Lage sein, an den gesamten Feierlichkeiten teilzunehmen. Aber wir gehen davon aus, dass wir unser Programm derart gestalten können, um an den Höhepunkten der Feierlichkeiten präsent sein zu können. Diesbezüglich stehen wir in Kontakt mit den Verantwortlichen in New Bern.

Ich hoffe, dieser Entscheid führe dazu, dass das Budget sachgerecht und rechtzeitig zur Volksabstimmung verabschiedet werden kann und ich hoffe, unser Entscheid werde als Zeichen von Respekt gegenüber der parlamentarischen Arbeit verstanden.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Vielen Dank Barbara Hayoz. Damit wird der Ordnungsantrag von Luzius Theiler obsolet.

1 Initiative „EnergieWendeBern“ und Gegenvorschlag des Stadtrats (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 09.000378 / 10/133

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat betreffend Initiative „EnergieWendeBern“ und Gegenvorschlag des Stadtrats.
2. Er empfiehlt den Stimmberechtigten mit ... Ja- zu ... Nein-Stimmen bei ... Enthaltungen, die Initiative „EnergieWendeBern“ abzulehnen.
3. Er empfiehlt den Stimmberechtigten mit ... Ja- gegen ... Nein-Stimmen bei ... Enthaltungen, den Gegenvorschlag des Stadtrats anzunehmen.
4. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Bern, 5. Mai 2010

Antrag Fraktion FDP

Art.6 Natürliche Lebensgrundlagen

¹ ewb trägt dem Schutz der Umwelt und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nach den Vorgaben von Art. 8 GO Rechnung.

² ewb fördert die Produktion und den Vertrieb von **einheimischen**, erneuerbaren Energien.

Dafür nötige Investitionen werden hauptsächlich im Inland getätigt.

^{2 bis} **(neu) ewb unterstützt aktiv den Ausbau von Wasser- und Pumpspeicherwerken.**

³ ewb betreibt ein umfassendes Umweltmanagementsystem.

⁴ **streichen.**

Anträge der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) zur Botschaft

Antrag Nr. 1

Das Titelbild der Abstimmungsbotschaft ist durch ein aussagekräftigeres Bild mit Bezug zur Thematik (beispielsweise zur Windenergie) oder zur Stadt Bern zu ersetzen.

Antrag Nr. 2

Seite 3, Lead, letzter Satz: Der direkte Gegenvorschlag des Stadtrats unterstützt dieses Ziel, räumt ewb aber für einen ~~geordneten~~ Ausstieg aus der Atomenergie mehr Zeit ein.

Antrag Nr. 3

Seite 3, linke Spalte, 1. Abschnitt: Umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger wie die Atomenergie sollen durch ~~regenerierbare~~ **erneuerbare** Energien ersetzt werden.

Antrag Nr. 4

Seite 3, linke Spalte, 2. Abschnitt: Für die Auftrags Erfüllung hat Energie Wasser Bern laut Initiativtext ~~20 Jahre—d.h. bis 2030—~~ **Zeit bis 20 Jahre nach Inkraftsetzung des revidierten Reglements Zeit.**

Antrag Nr. 5

Seite 3, rechte Spalte, 1. Abschnitt: Eine Verkürzung dieser Frist hätte u.a. zur Folge, dass ewb ~~rund 350 Mio. Franken an Marge (Differenz zwischen günstigen Gesteungskosten des KKW Gösgen und dem verrechneten Strompreis) verlieren würde—~~ **rund 39 Mio. Franken pro Jahr an Marge (Differenz zwischen günstigen Gesteungskosten des KKW Gösgen und dem verrechneten Strompreis) verlieren würde. Diese Wertschmälerung entspricht in etwa der jährlichen Gewinnablieferung von ewb an die Stadt Bern. Es handelt sich um** Kapital, welches für die geforderten Ersatzinvestitionen benötigt werden könnte und dessen Entzug ewb schwächen würde.

Antrag Nr. 6

Seite 10, rechte Spalte, 1. Abschnitt: Zudem würde ewb – nach heutiger Einschätzung – ~~rund 350 Mio. Franken~~ **39 Mio. Franken pro Jahr** verlieren, weil weniger lang von den verhältnismässig günstigen Kosten für die Stromproduktion des AKW Gösgen profitiert werden könnte (Margenverlust). **Diese Wertschmälerung entspricht in etwa der jährlichen Gewinnablieferung von ewb an die Stadt Bern.**

Tanja Sollberger (GLP) für die FSU: Ich stelle die Initiative EnergieWendeBern und den Gegenvorschlag vor. Die Volksinitiative wurde am 26. November 2008 mit 5 061 gültigen Unterschriften eingereicht. Im Januar 2009 wurde sie vom Gemeinderat als gültig beurteilt. Ziel der Initiative ist, dass die Stadt Bern ausschliesslich Strom aus erneuerbarer Energie produziert, kauft und verkauft. Dieser Grundsatz wurde vor ungefähr zehn Jahren mittels einer Abstimmung in Artikel 8 der Gemeindeordnung verankert. Mit der Initiative sollen die Atom-Ausstiegsziele im Reglement von ewb festgehalten werden. Zusätzlich werden Ökoabgaben gefordert, um die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und die effiziente Stromnutzung zu fördern und zu unterstützen. Der Unterschied zwischen Initiative und Gegenvorschlag besteht einzig im Zeitpunkt des Ausstiegs aus der Atomenergie. Gemäss Initiative soll er zwanzig Jahre nach Inkrafttreten des entsprechenden Reglementartikels erfolgen, gemäss Gegenvorschlag erst im Jahr 2039. Konkret geht es um Artikel 6 Absatz 2 des Reglements. Seit dem Einreichen der Initiative hat sich jedoch bei ewb einiges verändert. Es gibt eine Eignerstrategie, eine Unternehmensstrategie und eine Produktionsstrategie, die alle aufeinander abgestimmt sind. Die Eignerstrategie liegt seit Mai 2009 vor und steckt den politischen Rahmen ab, in dem sich ewb frei bewegen kann. Ziel der Eignerstrategie ist, die Versorgung sicherzustellen, den Wert des Unternehmens zu erhalten oder zu steigern sowie Effizienz und Ökologie zu verfolgen. Konkret heisst das, keine neuen Beteiligungen an Kernkraftwerken einzugehen und bestehende nicht zu verlängern. Zurzeit hat man Beteiligungen in Fessenheim, die noch zwei bis drei Jahre laufen werden, und solche in Gösgen. Die Regellaufzeit für Gösgen wird im Jahr 2039 enden. Im Fall von Gösgen hat ewb den Auftrag, sich für die Stilllegung nach Ablauf der Regellaufzeit einzusetzen. Mit dem Entscheid, bis 2039 auszusteigen, setzt die Stadt Bern ein energiepolitisches Zeichen. Die letzten Beteiligungen sollen abgestossen und die nötigen Ersatzkapazitäten aufgebaut werden, sodass keine Stromlücke entsteht.

Die Unternehmensstrategie von ewb ist an die Eignerstrategie angelehnt. Vieles davon ist bereits erfüllt oder in Umsetzung, wie beispielsweise die Förderung von Energieeffizienz oder

die Energieberatungen. Ein Nachhaltigkeitsmanagement wurde systematisiert und in diesem Zusammenhang ist auch ein Produktionsportfolio geplant. Das Ziel ist, die Produktionskapazität so auszubauen, dass man im Jahr 2039 nur noch erneuerbare Energien hat. Mit diesem Vorgehen gewährleistet ewb die Versorgungssicherheit und verfolgt eine nachhaltige Strategie. Der Planungshorizont erstreckt sich von 2010 bis 2050. Die Ausgangslage ist, dass Stromverkauf und -produktion ausgeglichen sind. Wenn man Gösgen im Jahr 2039 abstossen wird, müssten pro Jahr 11 Gigawattstunden mehr Energien aus anderen Quellen erzeugt werden, um das Ziel zu erreichen. Der Technologiefokus liegt auf Klein-Wasserkraftwerken, Windenergie, Biomasse und Fotovoltaik. Bis 2020 werden für diese Produktionsstrategie 270 Mio. Franken an Investitionen nötig sein. Bis ungefähr 2050 rechnet man mit Investitionen von 1.5 Milliarden Franken. Diese Investitionen werden vor allem auch der Region Bern zugute kommen, weil sie zu einem grossen Teil in der Region getätigt werden. Dies ist unter anderem auch die Strategie von ewb.

Wie gesagt unterstützt der Gegenvorschlag des Gemeinderats die Stossrichtung der Initiative, legt sich aber auf einen späteren Ausstieg fest, damit das ganze Gefüge von Eignerstrategie und Unternehmensstrategie nicht durcheinander gebracht wird. Bei Annahme der Initiative müssten die geplanten Investitionen in einem kürzeren Zeitraum getätigt werden, das durchschnittliche jährliche Investitionsvolumen würde also steigen und Folgen haben für die Kapitalkosten und die Abschreibungen. Der Zeitdruck würde sich negativ auf die Rentabilität der einzelnen Projekte auswirken. Gemäss Prognosemodell eines renommierten Energieberatungsunternehmens rechnet man damit, dass sich im Jahr 2030 der Strompreis verdoppeln wird. Unter dieser Annahme rechnet man bei einem um zehn Jahre früheren Ausstieg mit einem Margenverlust von 39 Mio. Franken pro Jahr. Aufgerechnet auf 2031 bis 2039 geht man von 350 Mio. Franken Mindereinnahmen aus.

Die Energiestrategie von ewb beruht darauf, dass Atomstrom langfristig nicht wirtschaftlich ist. Unter dieser Annahme kann man davon ausgehen, dass die Bezugsrechte im Jahr 2030 wahrscheinlich nichts mehr wert sein werden. Wie gesagt, dies alles beruht auf Prognosemodellen und ist eigentlich Spekulation, weil wir nicht wissen, was in 20 Jahren sein wird.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, der Gegenvorschlag entspreche abgesehen vom Zeitpunkt den Zielen des Initiativtexts. Die Entscheidungskompetenz für das Reglement von ewb liegt beim Stadtrat. Das heisst, wenn wir die Initiative annehmen, ist eine Volksabstimmung nicht nötig. Bisher hat das Initiativkomitee die Abstimmung zugunsten des Gegenvorschlags nicht zurückgezogen. Der Gemeinderat empfiehlt, dem Gegenvorschlag gegenüber der Initiative den Vorzug zu geben.

In der 1. Lesung vom 21. Juni 2010 tauchten in der Kommission noch Fragen bezüglich Initiativtext auf. Es geht um die rechtliche Zulässigkeit einer allfälligen Ökoabgabe, um den Passus in Artikel 2 „Soweit es das übergeordnete Recht zulässt“. Im Moment existiert kein übergeordnetes Recht, das eine Ökoabgabe erlauben würde. In der 2. Lesung vom 28. August 2010 erhielten wir noch zusätzliche rechtliche Angaben zur Einführung der Ökoabgabe. Gegenüber der heutigen Formulierung ist es eigentlich nur eine Präzisierung, die die Förderung von erneuerbaren Energien und effizienter Stromproduktion einführt. Der Passus „gemäss übergeordnetem Recht“ besteht bereits, ist im Reglement festgeschrieben und bereits durch eine Volksabstimmung genehmigt. Die Rechtmässigkeit dieser Formulierung ist demnach gegeben. Auf Wunsch der Kommissionsmehrheit luden wir auch Vertreter von ewb in die 2. Lesung ein. Sie konnten noch einmal umfassend über die Produktionsstrategie informieren und Fragen beantworten. In der 2. Lesung lag dann der Gegenvorschlag der FDP-Fraktion vor. Er liegt nun als Tischvorlage vor Ihnen. Die FDP-Fraktion wird wohl ihre Begründung selber ausführen.

In der Kommission wurden zuerst die beiden Gegenvorschläge gegenübergestellt. Der Gegenvorschlag des Gemeinderats hat mit 6 zu 2 Stimmen obsiegt. Die FSU hat die Initiative mit

3 Nein-Stimmen zu 1 Ja-Stimme bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Der Gegenvorschlag des Gemeinderats wurde mit 6 zu 2 Stimmen gutgeheissen.

Zur Abstimmung: Es gibt fünf Änderungsanträge, die als Tischvorlage vor Ihnen liegen. Bei Antrag Nr. 6 handelt es sich nur um eine Anpassung analog Antrag 5. Es geht darum, die Kosten pro Jahr zu benennen und nicht die Gesamtkosten aufzuführen. Antrag Nr. 1 wurde mit 7 Ja- zu 1 Nein-Stimme und Antrag Nr. 2 mit 7 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung unterstützt. Die Anträge Nr. 3 und 4 wurden mit 8 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und die Anträge Nr. 5 und 6 mit 6 Ja- und 2 Nein-Stimmen unterstützt. Die bereinigte Botschaft an die Stimmberechtigten wurde mit 6 Ja- zu 2 Nein-Stimmen gutgeheissen.

Fraktionserklärungen

Judith Gasser (GB) für die GB/JAI-Fraktion: Heute trete ich in grosse Fussstapfen. Ich stehe nun hier und beschwöre die Wende. Ja, die Energiewende soll kommen. Es ist Zeit, es reicht! Ich möchte nun nicht zum x-ten Mal erklären, weshalb Sonne und Wind besser als Öl und Uran sind, und mit Zahlen und Gigawatt um mich werfen. Ich möchte nur einige Punkte aufzählen, die ich in der jetzigen Diskussion als besonders wichtig erachte:

Der erste Punkt ist gleich unpopulär: Strom wird teurer – aber nicht, weil er aus erneuerbaren Energien stammen wird, sondern weil jedes neue Werk deutlich teurer produzieren muss als die bestehenden. Deshalb wollen die Betreiber auch noch möglichst lange mit den alten Werken produzieren, damit sie die neuen quersubventionieren können. Die Frage ist also nicht, ob wir sogenannten Luxusstrom aus erneuerbarer Energie wollen oder billigen Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken aus dem Ausland. Nein, die Frage lautet, ob wir nachhaltigen Strom aus erneuerbaren Quellen wollen und wie das Geld investiert werden soll.

In diesem Zusammenhang ist es doch eigenartig, wie stark noch an dieser Atomstromproduktion festgehalten wird, auch wenn die Argumente dagegen überwältigend sind: Der Uranabbau ist eine Katastrophe, die Produktion ist gefährlich, die Lagerung von radioaktivem Abfall ist weder sauber und geregelt noch sicher. Der Strom ist stark staatlich subventioniert. Das müsste doch für die Liberalen ein Totschlägerargument sein. Zudem ist die Atomstromproduktion nicht notwendig. Es wird keine Stromlücke geben – auf einem liberalisierten Markt schon gar nicht. Die Frage ist nur, in welche Technologie investiert wird und wie teuer der Strom ist. Demnach ist dies zurzeit eine rein politische Angelegenheit. Aber an dieser Atomstromproduktion hält man mit religiösem Eifer fest. Ich habe den Eindruck, dies ist ein Phänomen, geprägt von einer Generation, die mit der Mondlandung und dem Kalten Krieg aufgewachsen ist und die ein unglaubliches Vertrauen in die Technologie hat – je komplizierter, umso vertrauenswürdiger. Eine dezentrale Stromproduktion mit kleinen Anlagen kann doch nicht funktionieren. Nur was gross und kompliziert ist, kann die Welt retten. Nicht so recht ins Bild passen die Jungliberalen.

Atomstrom ist nicht einheimisch. Wer jemals auf die eigenartige Idee kam, soll mir das einmal erklären. Uran ist hier der Energieträger. Uran! Dieser wird vor allem in Ländern abgebaut, die die meisten hier nur vom Hörensagen kennen. Meistens wird das Uran unter haarsträubenden Bedingungen abgebaut, ohne adäquaten Schutz für Mensch und Umwelt. Ganze Landstriche sind verseucht. Die Leute müssen verseuchtes Wasser trinken, die ganze Landschaft leidet und es strahlt noch lange. Der Uranabbau verursacht grosse ökologische, soziale und gesundheitliche Probleme – nichts mit Max Havelaar oder ähnlich, es ist in den meisten Fällen ein schmutziges Geschäft. Da sind wir eigentlich beinahe froh, dass es in der Schweiz kein Uran gibt.

Apropos einheimische Produktion: Es ist unbestritten, dass die Atomstromproduktion hier Arbeitsplätze und damit auch Wertschöpfung schafft, in Mühleberg sind es rund 300 und bei den Zulieferanten ungefähr 200. Das ist nicht wenig. Es liegen jedoch mehrere Studien vor, die

zeigen, dass der Beschäftigungseffekt, setzten wir auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz, deutlich grösser wäre, als wenn wir weiterhin auf der Grosskraftwerkschiene fahren würden. Je nach Szenario könnten bis zu doppelt so viele Arbeitsplätze entstehen, und zwar durchaus in derselben Sparte. Es braucht Handwerker und Technikerinnen; KMUs und Baubranche werden vor allem profitieren. Also bitte, kommen Sie wegen der Arbeitsplätze nicht mit Mühleberg II. Gewiss müssen solche Übergänge sachte angegangen werden. Aber im Grundsatz ist zu sagen: Weg mit Mühleberg, wegen der Arbeitsplätze!

Noch einmal die wichtigsten Punkte: Erneuerbare Energie ist kein Luxusgut. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist sie die günstigste Lösung. Und heute, wo sich beinahe jede Partei die Nachhaltigkeit auf die Fahne schreibt, darf man eigentlich nur eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung gelten lassen.

Weiter ist der Atomstrom nicht einheimischer Strom und ein grosser Teil der Wertschöpfung geschieht nicht hier. Überdies schafft die Energiewende Arbeitsplätze, hier in der Region – nicht trotz dem Atomausstieg, sondern als dessen Folge.

Deshalb fordern wir jetzt die Energiewende, in einem verbindlichen und straffen Zeitrahmen. Da wir möchten, dass das Volk über dieses weitreichende Geschäft entscheidet, werden wir uns bei der Abstimmung über die Initiative mehrheitlich enthalten. Den Gegenvorschlag des Gemeinderats nehmen wir an. Dass wir den Gegenvorschlag der Jungfreisinnigen ablehnen, muss ich wohl nicht mehr erwähnen. Die Kommissionsanträge nehmen wir an.

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Was uns heute Abend vorliegt, ist letztlich nichts anderes als ein rot-grüner Trick in Reinkultur. Lassen Sie sich einmal folgende Überlegungen auf der Zunge zergehen: Es gibt die SP, die Grünen bestehend aus dem GB und der GFL – sie sind ja zusammen eine Konföderation –, JA! und die Grüne Partei Bern, die gemeinsam eine Initiative auf die Beine stellen. Die Initiantinnen und Initianten hätten eigentlich bereits die Mehrheit in der Regierung und im Parlament. Das heisst, sie hätten das Geschäft in der Regierung und im Parlament locker ohne Initiative durchbringen können. Nichtsdestotrotz wurde die Initiative lanciert – es war vielleicht auch Wahlkampf – und man hat sie auch zustande gebracht. Weiter gibt es die Regierung, die wahrscheinlich mehrheitlich die Initiative unterzeichnet hat, die uns sodann einen sogenannten Gegenvorschlag unterbreitet. Der einzige Unterschied dieses Gegenvorschlags besteht in den Übergangsbestimmungen, die ein wenig abgeändert wurden. Statt einer Frist zur Umsetzung von 20 Jahren sollte es eine von 30 Jahren sein. Bei Initiative und Gegenvorschlag auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene stehen die Übergangsfristen meistens im Kleingedruckten und es geht um wesentliche Punkte. Die zwei entscheidenden Frage heute Abend lauten jedoch nicht, ob man 20 oder 30 Jahre zur Umsetzung wünscht, sondern zum einen: Wollen wir ideologische Selbstbefriedigung betreiben und in Kauf nehmen, dass Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden? und zum anderen: Wollen wir neu versteckte Steuern, sogenannte Ökoabgaben, einführen? Dies ist offensichtlich der Trick der rot-grünen Seite. Die wesentlichen Fragen werden nicht gestellt, sondern man lässt im Parlament und allenfalls in der Bevölkerung über irgendwelche Fristen diskutieren. Dies ist nichts anderes, als die Leute für dumm zu verkaufen. Wer einen Beweis sucht, dass dies eine abgekartete Sache ist, darf sich gerne auf www.energiewendebern.ch verköstigen. Dort kann mit Erstaunen festgestellt werden, dass die Initiantinnen und Initianten zweimal ein Ja empfehlen. Offensichtlich ist man sich völlig sicher, dass die Initiative und der Gegenvorschlag heute durchkommen. Man hält es nicht mehr für nötig, den Parlamentsentscheid abzuwarten. Die Initiantinnen und Initianten, das rot-grüne Parlament und die rot-grüne Regierung stecken letztlich unter einer Decke und wollen uns hier übers Ohr hauen. Deshalb haben wir unter jungfreisinniger Federführung einen eigenen Gegenvorschlag eingereicht, der genau diese beiden Fragen, die ich zuvor erwähnt habe, in den Mittelpunkt stellt.

Zur Frage, ob wir ideologische Selbstbefriedigung betreiben und ewb dazu zwingen wollen, definitiv aus der Kernkraft auszusteigen: Ich möchte betonen, es gibt bereits einen Grundsatzentscheid in der Gemeindeordnung, dass Kernkraft reduziert und Alternativenergie aufgebaut werden soll. Dieser Grundsatzentscheid ist heute nicht infrage gestellt. Die FDP sagt zu dieser ideologischen Selbstbefriedigung klar Nein, da ein viel zu hoher Preis bezahlt werden müsste. Erstens würden bestehende Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Dies zeigt auch ewb klar auf. Wenn wir heute einen definitiven Ausstieg beschliessen, dann wird ein Teil der ein bis eineinhalb Milliarden Franken, die ewb in den nächsten 30 Jahren in die Alternativenergien investieren möchte, ins Ausland abfliessen – nachzulesen im Geschäftsbericht 2009. In diesem Zusammenhang möchte ich Gemeinderat Reto Nause fragen, ob er bereits erste Angaben darüber hat, wie viel von diesen ein bis eineinhalb Milliarden Franken in der Stadt respektive in der Region Bern investiert wird und wie viel im Ausland.

Überdies würden wir eine grosse Chance zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Bern vergeben. Eine weitere Heuchelei von rot-grüner Seite: Einerseits sollen Alternativenergien gefördert und es soll damit erreicht werden, dass die lokale Wirtschaft profitiert, indem lokale Projekte gefördert werden etc. Andererseits zwingt man ewb, unser städtisches Werk, mit der Initiative und einem Pseudo-Gegenvorschlag, massiv im Ausland zu investieren. Zweitens versucht man, konkrete Projekte zu verhindern. Beispielsweise muss BKW respektive KWO plus prozessieren, wie kürzlich der Zeitung entnommen werden konnte. Durch diese mühsame Geschichte wird nun die Erhöhung der Staumauer verhindert. Hat man einmal konkrete Projekte, sind sie auch nicht genehm.

Der Gegenvorschlag der FDP bietet hier Alternativen. Er fordert Investitionen in Alternativenergien, aber hauptsächlich in der Schweiz. Damit könnten Arbeitsplätze in der Region Bern und in der Schweiz gehalten werden. Überdies bestünde die Chance, Bern wirtschaftlich voranzutreiben. Wir würden unser eigenes Stadtwerk dazu bringen, die ein bis eineinhalb Milliarden Franken in der Region zu investieren und man könnte sich überlegen, ob man nicht eine Strategie entwickeln möchte, um Greentech zu fördern.

Die zweite Frage war: Wollen wir neu versteckte Steuern einführen? Die links-grüne Seite nennt dies elegant formuliert: Ökoabgabe. Die FDP lehnt diese klar ab. Es ist ein Trick, um dem Gewerbe und den Bürgerinnen und Bürgern Geld aus der Tasche zu ziehen. Die rot-grüne Seite hat im letzten Jahr nämlich bemerkt, dass sie die Steuererhöhung auf dem ordentlichen Weg – demnächst steht die Budgetdebatte an – nicht durchbringt. Deshalb versucht man es seit Jahren über Abgaben und Gebühren. Ich möchte ans Parkplatzreglement, ans Abfallreglement, erinnern. Und nun kommt man mit einer sogenannten Ökoabgabe. Für uns ist klar, Gewerbe und die Bürgerinnen und Bürger bezahlen im Kanton, in der Stadt massiv zu hohe Steuern. Wer Steuern oder Abgaben erhöhen will, wird sich mit uns auseinandersetzen müssen. Der Gegenvorschlag ist ganz simpel. Er kippt die unsägliche Ökoabgabe raus. Wird die bisherige Diskussion auch in den Medien verfolgt, kann festgestellt werden, dass primär aus Produzentensicht, aus Sicht von ewb, argumentiert wurde. Es könnte auch einmal die Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten eingenommen werden. Dabei kann eine Liberalisierung des Strommarkts festgestellt werden. Wer viel Strom bezieht, hat heute bereits die Wahlfreiheit und ist nicht mehr auf ewb angewiesen, selbst wenn der Stadtrat nun einen Ausstieg beschliessen würde. Wer Atomstrom oder Kernkraftenergie beziehen möchte, macht dies schlicht bei der Konkurrenz. Wenn wir ewb zum Ausstieg zwingen würden, könnte massiv Kundschaft verloren gehen und entsprechend würde auch das Vermögen vernichtet. Es kann auch die positive Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten eingenommen und gefordert werden, ewb müsse verschiedene Stromprodukte anbieten. ewb könnte beispielsweise ein Produkt anbieten, das kernkraftfrei wäre. So hätte ich als Konsument, als Individuum die Wahl, ob ich Kernkraft unterstützen oder beziehen möchte oder nicht.

Fazit: Die Initiative und der Gegenvorschlag, der Pseudo-Gegenvorschlag des Gemeinderats, verhindern letztlich grosse wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Sie ziehen den Bürgerinnen und Bürgern Geld aus der Tasche und verfehlen letztlich aufgrund der Strommarktliberalisierung auch die Zielsetzung der Initiantinnen und Initianten. Ich möchte das Parlament bitten, wenn Sie die Diskussion zum KKW-Ausstieg auf städtischer Ebene führen wollen, dann sorgen Sie dafür, dass die Bevölkerung bei der Abstimmung auch eine echte Auswahl hat. Es wäre angezeigt, den Gegenvorschlag der FDP zu unterstützen. Nur dort hat man die Wahlfreiheit über die beide entscheidenden Fragen.

Sonja Bietenhard (BDP) für die BDP/CVP-Fraktion: Um es vorweg zu nehmen, die BDP/CVP-Fraktion lehnt die Initiative EnergieWendeBern ab, ebenso den Gegenvorschlag Eicher. Hingegen unterstützen wir den Gegenvorschlag des Gemeinderats. Weshalb? Wir wollen die Taube in der Hand und nicht den Pfau auf dem Dach. Bei allen Energiefragen haben wir es mit riesigen Zielkonflikten zu tun. Der hohe Lebensstandard und der Technologiestandort Schweiz als erfolgreichen Standort führen derzeit nicht dazu, dass unser Stromverbrauch wirklich sinken wird. Die heute bestehenden Alternativen zur Kernenergie bedeuten immer noch zu viel CO₂-Ausstoss und sind in der Regel wesentlich teurer. Es liegt auf der Hand, dass keine einfachen Lösungsvorschläge für unsere Energieprobleme auf den Tisch kommen. Wir haben Risiken und Chancen der energiepolitischen Strategie sorgfältig abgewogen. Die BDP/CVP-Fraktion spricht sich klar für einen sukzessiven Ausstieg aus der Kernenergie aus, setzt aber damit kein Zeichen gegen die Kernenergie an sich, sondern möchte der nachfolgenden Generation mehr bieten als ungelöste Energie- und Endlagerprobleme. 1,5 Milliarden Franken Investitionsvolumen in erneuerbare Energien sind eine grosse Hilfe im Hinblick auf eine Zukunft, in der wir unseren Kindern ausreichend ökologischen und ökonomischen Strom für ihre Welt überlassen können. Umwelt ja, aber mit Augenmass. Wir bleiben am Boden der Realität. Die Stadt Bern ist ein Standort mit vielen auch industriellen Arbeitsplätzen und ist eine sehr lebenswerte Stadt für unsere Bevölkerung, dies soll auch so bleiben. Es zwingt uns, der Versorgungssicherheit genauso Rechnung zu tragen wie dem haushälterischen Umgang mit den Mitteln, die wir zur Verfügung haben. Atomausstieg ja, aber nicht abenteuerlich, sondern pragmatisch und unter Berücksichtigung der Realität. Wir lehnen die Initiative ab, weil sie zu abenteuerlich und zu ambitioniert ist. Wir möchten ausreichend Zeit für den Aufbau von Ersatzkapazitäten. Deshalb unterstützen wir den Gegenvorschlag des Gemeinderats.

Noch ein Wort zum Gegenvorschlag Eicher. Dieser tönt gut. Die Fokussierung der Investitionen aufs Inland ist natürlich löblich und findet wahrscheinlich breite Zustimmung. Vermutlich auch beim zuhörenden ewb. Aber die Frage ist, ob dies in der von Bernhard Eicher vorgelegten Form auch realistisch ist. Für uns ist der Atomausstieg per 2039 bereits eine grosse Herausforderung, die wir und ewb annehmen sollten. Aber dass wir bereits heute am Anfang des Prozesses alle Vorgaben bestimmen wollen, ist doch etwas abenteuerlich. Deshalb: Nein zum Gegenvorschlag Eicher.

Noch eine Anmerkung zu den Einzelanträgen der FSU, zu den Korrekturvorschlägen in der Botschaft: Die BDP/CVP-Fraktion ist mit den Anträgen 1–4 einverstanden. Bei den Anträgen 5 und 6 möchten wir darauf hinweisen, dass diese so nicht stimmen. Die Wertschmälerung entspricht nicht der jährlichen Gewinnablieferung von ewb an die Stadt Bern. Sie ist nämlich höher als die 39 Mio. Franken. Ich bitte, dies bei der Botschaft an die Stimmberechtigten zu berücksichtigen. Die Gewinnablieferungen bewegen sich zwischen 40 und 60 Mio. Franken.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Ich bitte die FSU, dies zu überprüfen, damit es allenfalls vor der Abstimmung noch korrigiert werden kann.

Tanja Walliser (JUSO) für die SP/JUSO-Fraktion: Die Initiative EnergieWendeBern ist eigentlich bereits vor der Volksabstimmung ein Erfolg. Bereits heute stammen 30 Prozent des Stroms von ewb aus erneuerbaren Energien. Das Potential ist riesig. Zusammen mit einer konsequenten Steigerung der Energieeffizienz ist der Ausstieg auch bereits in 20 Jahren, wie von uns gefordert, möglich. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist kein Luxus und absolut notwendig. Jeder Franken, der noch in Atomenergie investiert wird, verhindert eine intensivierte Investition in erneuerbare Energien. Apropos „Einheimische Volkswirtschaft mit Atomenergie fördern“: Wer profitiert denn vom Atomstrom? Es sind ein paar wenige multinationale Konzerne, die den Kuchen unter sich aufteilen. Jedoch können bei der Investition in erneuerbare Energien die KMUs in der Schweiz profitieren. Nur eine konsequente Förderung macht diese Technologien auch wettbewerbsfähig. Je mehr sie gefördert werden, desto rentabler und billiger werden sie. Je grösser die Nachfrage, desto grösser das Angebot. Die Angstmacherei und der behauptete Verlust von Arbeitsplätzen entbehren jeglicher Grundlage. Mit einer konsequenten Umstellung könnten schweizweit zehntausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden, die zudem noch sauber wären. Die Motion von Ruedi Keller, die wir später noch behandeln, garantiert zudem, dass der Atomausstieg in der Stadt Bern sozialverträglich vonstatten geht. Nach den Äusserungen gewisser Ratsmitglieder in den Medien und hier im Saal kann ich davon ausgehen, dass diese Motion auch seitens der FDP unterstützt wird. Mit der Initiative EnergieWendeBern kann die Stadt Bern einmal mehr Pionierin sein. Der Widerstand gegen den Umstieg auf erneuerbare Energien ist gross, finanzkräftig und trägt den Namen Atomlobby. Mit gezielter PR-Arbeit setzen sie das Schreckgespenst Stromlücke in die Welt. Das Märchen der sauberen Atomenergie glaubt heute niemand mehr. Die Bedingungen, unter denen Uran abgebaut wird, die ungewisse Frage der Endlagerung des Atommülls, zeigen das ganz klar. Die einzigen, die auf Angstmacherei der Atombarone hereinfliegen, sind offenbar die Freisinnigen. Wer also mit wem unter einer Decke steckt, scheint mir ganz klar. Mit der Initiative und dem Gegenvorschlag können wir uns aus der Fessel der Atomlobby befreien. Obwohl der Gegenvorschlag unserem Ziel sehr nahe kommt, stehen wir weiterhin hinter der Initiative. Und wir möchten insbesondere, dass das Berner Stimmvolk mitentscheiden kann, ob es den Ausstieg will. Die SP/JUSO-Fraktion wird deshalb so abstimmen, dass dem Volk die Wahl zwischen zwei Varianten ermöglicht wird. Den Gegenvorschlag der FDP lehnen wir ab, die Anträge der FSU nehmen wir an.

Tanja Sollberger (GLP) für die GLP-Fraktion: Die GLP-Fraktion unterstützt den Atomausstieg klar. Auch die Initiative unterstützen wir inhaltlich voll und ganz. Zum einen sind es ökologische, zum andern humanitäre Gründe, auf Atomenergie zu verzichten. Ich habe gestern einen Bericht in der Rundschau gesehen. Ich bin empört, wenn ich solche Bilder und Berichte sehe und Politiker sowie Vertreter der Atomlobby, die diese Energie sauber nennen. Es gibt ganze Gebiete in Russland, die unbewohnbar wurden, weil sie mit radioaktivem Material masslos verseucht sind. Aus solchen Gebieten bezieht die AXPO ihr Uran. Bisher hat diese keine Vorstellungen, wie sie dieses Problem lösen möchte. Die Bevölkerung stirbt dort überdurchschnittlich häufig an Krebs. Es ist eine ökologische und humanitäre Katastrophe. Wenn man diese Energie sauber nennt, das haben auch die Vertretungen der Atomenergie festgestellt, geht das nicht auf. Sie nennen sie nun CO₂-freie Energie. Ausgerechnet Vertretende der Atomenergie wollen sich nun für die CO₂-freie Energie einsetzen, diejenigen, die sich seit Jahren auf nationaler Ebene gegen die CO₂-Abgabe wehren. Atomenergie ist ein ungelöstes ökologisches Problem. Es gibt aber auch ökonomische Gründe. Die grünliberale Politik fordert eine konsequente Kostenwahrheit und eine konsequente Verrechnung externer Kosten. AKWs sind bis anhin für bis zu 300 Mio. Franken pro Anlage versichert. Der Bund versichert die Betreiber zusätzlich mit einer Haftung bis zu einer Million Franken. Gemäss Schätzungen aus dem Jahr 2005 würde ein Super-Gau eine Schadenssumme von 4200 Milliarden Franken ver-

ursachen. Das Risiko lässt sich schlicht nicht versichern. Die Eintretenswahrscheinlichkeit ist zwar klein, aber sie ist nicht Null, mit der Folge, dass keine private Versicherung je eine Haftpflicht für einen solchen Fall anbietet wird. Der Markt ist verzerrt zugunsten der Atomenergie, weil die Preise diese Risikokosten nicht widerspiegeln. Der Atomstrom ist nicht billig, sondern vom Staat subventioniert. AKWs sind in diesem Sinn nicht rentabel. Es gibt ökonomische Gründe, um auf die Atomenergie zu verzichten. Wir finden es scheinheilig von der FDP, das Argument der Arbeitsplätze in der Region in den Vordergrund zu rücken. Wir unterstützen die Förderung von erneuerbaren Energien, durch die vor allem im Inland neue Arbeitsplätze entstehen sollen. Die Möglichkeiten in der Schweiz sind jedoch begrenzt. Wir sind nicht bereit, dafür den Atomausstieg zu gefährden. Wir leben in einer globalisierten Welt und können keine Politik betreiben, die sich auf den Platz Schweiz beschränkt. Es ist gleich wie bei den Banken, die sich auch im globalisierten Markt bewegen. Diese stehen der FDP wahrscheinlich näher. Sich mit der Energiepolitik zu isolieren, macht keinen Sinn. Und wir wollen damit den Atomausstieg nicht gefährden. Ich denke, das ist das eigentliche Ziel des Gegenvorschlags der FDP, sich unter dem Deckmantel für regionale Wirtschaftspolitik einzusetzen. Grundsätzlich sind wir für die Initiative, bevorzugen jedoch den Gegenvorschlag des Gemeinderats. Um dies zum Ausdruck zu bringen, werden wir uns bei der Initiative enthalten und beim Gegenvorschlag Ja stimmen. Die Anträge der FSU unterstützen wir. Ganz allgemein sind wir enttäuscht, dass die Initiative nicht zurückgezogen wurde. Denn heute hätten wir die Möglichkeit, den Gegenvorschlag, das heisst den Atomausstieg aufs Jahr 2039 hin, im ewb-Reglement festzuschreiben.

Peter Künzler (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion ist beeindruckt, dass die Initiative in diesem Ausmass in eine vollumfänglich gültige Eignerstrategie umgesetzt wurde. Sie zeigt auf, wie die Sache ökonomisch aufgehen soll, damit man innerhalb von definierten Fristen wirklich aus der Kernenergie aussteigen kann. Wie der freisinnige Sprecher erwähnt hat, stellt sich heraus, dass sich eine unheilvolle Allianz zwischen der rot-grünen Mehrheit des Stadtrats und der rot-grünen Mehrheit im Gemeinderat manifestiert. Ich finde das nicht allzu überraschend, sondern erfreulich. Es entspricht wahrscheinlich der Meinung des Volks. Weil wir die Strategie als eine sehr gute Sache erachten, unterstützen wir den Gegenvorschlag des Gemeinderats und folgen grundsätzlich dessen Argumentation. Diese sagt unter anderem, dass der Ausstieg aus der Kernenergie mit bedingt, dass man Einnahmen durch den entgangenen Stromverkauf aus Gösgen in Rechnung stellt. Der einzige Punkt, bei dem wir nicht ganz derselben Meinung sind, ist, dass man diese Finanzierung nur realisieren könne, indem man bis ins Jahr 2039 in Gösgen bleibe. Aus unserer Sicht wäre es auch möglich, die Energiebezugsrechte aus Gösgen etwa auf das Jahr 2029 hin auf dem freien Strommarkt zu verkaufen. Damit wären die Verluste wohl deutlich kleiner als die angegebenen 350 Mio. Franken. Deshalb können wir auch mit dem Initiativtext leben. Allerdings sind wir uns bewusst, dass der in Gösgen produzierte Strom in der Folge während zehn Jahren an einem anderen Ort verkauft wird und demzufolge keine grosse Änderung stattfinden wird. Aus unserer Sicht ist es in der Schlussfolgerung nicht matchentscheidend, ob der formale Ausstieg 2030 oder 2039 erfolgen wird. Deshalb werden wir sowohl der Initiative wie auch dem Gegenvorschlag zustimmen. Falls im Stadtrat abstimmungstaktische Spielchen gespielt werden sollten, werden wir uns, obwohl wir beiden Vorlagen zustimmen können, enthalten, damit der Gegenvorschlag und die Initiative intakt zur Abstimmung kommen.

Was uns an der ganzen Vorlage stört und dies hat nichts mit ewb zu tun, ist die simple Tatsache, dass eine Volksabstimmung gar nicht notwendig wäre. Die Änderung des Reglements von Energie Wasser Bern liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Wir könnten die Änderungen direkt beschliessen, unter dem Vorbehalt eines fakultativen Referendums. Aufgrund der bestehenden – beklagten – Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat wären die Änderungen ohne Weiteres mehrheitsfähig. Wir wären einverstanden gewesen, wenn der Gegenvorschlag des Ge-

meinderats direkt überwiesen worden wäre und das Initiativkomitee die Grösse gehabt hätte, die Initiative zurückzuziehen. Wir wären sodann mit dieser Grundlage sehr gerne in einen allfälligen Referendums- respektive Abstimmungskampf gestiegen. Diese Strategie ist überzeugend und wir hätten sie gerne in einer Vorlage unterstützt.

Die Argumente für eine Volksabstimmung halten wir für fragwürdig, denn die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat reflektieren eigentlich die Volksüberzeugung hinreichend. Falls es eine Volksabstimmung geben sollte, wird unsere Parole zweimal Ja lauten. Wir werden dies im Rat und in einer allfälligen Volksabstimmung so vertreten. Wir stimmen sämtlichen redaktionellen Änderungsanträgen zu. Wir lehnen den Gegenvorschlag der FDP klar ab.

Jimmy Hofer (parteilos) für die SVPplus-Fraktion: Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf. So erscheint mir die ganze Sache. Man muss seine Schäfchen betreuen und ein Thema bringen. Der Wald ist nicht gestorben, das CO₂ will auch nicht so recht den Umschwung bringen, dass man sterben müsste, das Ozonloch hat uns auch nicht verbrannt. So kommt wieder die gute alte Atomkraftwerkdiskussion. Ich denke, die Atomkraftwerke sind nicht gefährlich, die Atomenergie ist eine sehr sichere Sache. Es hat aufgrund der Atomtechnik noch nie einen Unfall gegeben und sie ist ausgereift. Es verhält sich wie mit der Fliegerei. Die Flugzeuge fallen nicht aufgrund der Technik vom Himmel, sondern, weil der Mensch Fehler macht. So ist es auch bei der Atomkraft. Sämtliche Unglücke geschahen durch Menschenhand und nicht durch das Versagen der Technik. Es ist erwiesen, dass die Atomkraft seit Jahrzehnten problemlos vor unserer Haustür funktioniert. Ich weiss nicht, weshalb man nun wieder den Klassenkampf mit der bösen Atomkraft ausgraben muss. Ausgerechnet hier im Stadtparlament, das auf dem Strommarkt nichts zu melden hat. Weshalb haben sie denn in Deutschland die Atomkraft plötzlich verlängert?

Man diskutiert über Zeithorizonte, die jedes Fassungsvermögen übersteigen und bei denen niemand mehr von uns da sein wird. Die jungen Männer mir gegenüber werden selbstverständlich noch da sein, aber nicht mehr hier im Rat sitzen. Machen Sie sich keine Gedanken, einschneidend in die politische Geschichte einzugehen. Ich werde höchstens einmal meiner Tochter erzählen, dass ich einige kannte, die die Welt gerettet haben und im Stadtparlament von Bern sassen. Nun streitet man wegen einer Frist 2030 oder 2039. Dieser Fristentscheid kann später wieder umgestossen werden. Wir werden die Initiative selbstverständlich ablehnen.

Einzelvoten

Rolf Zbinden (PdA): Wer hätte denn nicht ein gewisses Verständnis für das Anliegen von ewb und Gemeinderat? Habe ich eine wichtige Aufgabe zu erledigen, nehme ich mir ja auch gerne etwas mehr Zeit. Und um gute Argumente bin ich dann auch selten verlegen. Als grafische Darstellung aufgerüstet, umgeben sich diese Argumente – wie im vorliegenden Fall – mit einem Hauch von Wissenschaftlichkeit, Stringenz, ja: Unausweichlichkeit. Auf geradezu magische Art und Weise drängt sich da 2039 als der ultimative Termin für den Ausstieg aus der Atomenergie auf. Nun ist es aber nicht unsere Aufgabe, vermeintliche Sachzwänge abzusegnen, sondern dem politisch Wünschbaren Geltung zu verschaffen. Der Gemeinderat „unterstützt die Stossrichtung der Initiative“ – und verlängert im nächsten Satz die Bezugsdauer von Atomenergie von 2030 auf Ende 2039. Mit einer ähnlichen Volte hat sich anfangs Woche auch schon Angela Merkel als Vorreiterin einer Energie-Wende in Pose geworfen. Fragen des Zeitraums sind keine Nebensächlichkeiten, was die Befürworterinnen und Befürworter der Atomenergie – auch hier im Rat – schon immer bestens begriffen haben. Zeithorizonte sind immer auch Horizonte der Innovation. Und angesichts der Unverschämtheit, mit der die Atomlobby auf Betriebsverlängerungen und den Bau neuer Atomkraftwerke auch direkt vor unserer Haus-

tür setzt, gibt uns die Initiative ein wichtiges Instrument in die Hand: „Initiative käme teuer zu stehen“, titelte die Berner Zeitung vergangenen Samstag. Ich kann Ihnen nicht das Gegenteil beweisen. Und wenn wir es sogar mit einer umfassenden Energiewende ernst nehmen, dann kann es sehr gut sein, dass der Preis für Energie steigen wird. Ich würde mich hüten, das Gegenteil zu behaupten – und den „green new deal“ zu einer Wunderlaterne zu stilisieren. Ich möchte nur zu bedenken geben, welchen Preis wir weltweit und in den engen Grenzen der Schweiz für die Atomkraft schon bezahlt haben – und über Hunderte von Generationen noch bezahlen werden! Wenn ohne jede Aussicht auf ein Endlager weiter produziert und in neue AKWs investiert wird, dann haben wir es hier mit dem skandalösesten Bruch des Generationenvertrags zu tun, den man sich vorstellen kann. Die PdA Bern unterstützte die Initiative von Anfang an. Es gibt für uns keinen Grund, von dieser Haltung abzuweichen. Diese Initiative gibt uns die Möglichkeit, ein deutliches Zeichen zu setzen – ein konstruktives Zeichen zur richtigen Zeit.

Stéphanie Penher (GB): Auf diese Debatte habe ich mich gefreut. Die Initiative hat sie lanciert. Es liegt ein Gegenvorschlag auf dem Tisch. Das Reglement ist so ausgelegt, dass wir die Initiative, auch wenn es unsere eigene ist, ablehnen müssten, damit es zu einer Volksabstimmung kommt und wir über den Gegenvorschlag bestimmen können. Aus meiner Sicht kein adäquates Reglement.

Noch zum Votum von Jimmy Hofer: Nach Ihrer Argumentation, Jimmy Hofer, müsste man alle Menschen abschaffen, damit keine Fehler mehr gemacht werden – das wäre das Paradies. In der Gemeindeordnung steht, dass die Stadt Bern den Atomausstieg anstrebt. Dies ist von mir aus gesehen ein Lippenbekenntnis. Wir haben nun die Möglichkeit, mit dieser Initiative beziehungsweise mit dem Gegenvorschlag aus dem Lippenbekenntnis eine klare Zeitplanung zu machen. Die Initiative gibt einen Zeitplan vor, der Gemeinderat und ewb geben einen anderen Zeitplan vor. ewb bereitet die Zukunft ohne Atomstrom vor, indem es sein Produkteportfolio gezielt umbaut und eine Erhöhung der Produktion aus den eigenen Anlagen anstrebt. ewb hat jedoch in den letzten Wochen über die Medien klar kommuniziert, dass ein frühzeitiger Atomausstieg, so wie es die Initiative fordert, zu Mehrkosten führe. Ich bin nicht Expertin, um das beurteilen zu können. Doch ich habe Vertrauen ins eigene städtische Werk, auch wenn es sagt, es könne diesen Ausstieg schaffen. Falls er zu Mehrkosten führt, bin ich der Meinung, dass die Bevölkerung entscheiden soll, wie viel ihr die erneuerbare Energie wert ist. Peter Künzler, Sie haben nicht ganz recht, die Volksabstimmung ist keine Inszenierung. Schauen wir nach Deutschland. Dort kann die Regierung über den Ausstieg beschliessen. Die Regierung hat gewechselt und hat nun einen anderen Ausstieg beschlossen. Kommt es zur Volksabstimmung, wird der Entscheid festgehalten und er ist massgebend. Gibt es lediglich einen Parlamentsentscheid, können sich in den nächsten 30 Jahren noch Veränderungen ergeben. Vielleicht gibt es einmal eine bürgerliche Mehrheit in der Stadt Bern, die nicht so besonnen ist wie die BDP/CVP-Fraktion, die für den Gegenvorschlag einsteht. Dann würde nur noch die Gemeindeordnung dastehen mit dem Lippenbekenntnis, dass dieser Ausstieg angestrebt wird, aber der Zeitpunkt wäre nicht bestimmt. Die Volksentscheide sind verbindlich und sie sind auch für die Wirtschaft vorteilhaft. Sie muss wissen, worauf sie aufbauen soll. Wo sollen denn Investitionen getätigt werden, wenn die Politik alle zehn Jahre ihre Meinung ändert? Da habe ich mit der FDP, die sich stets wirtschaftsfreundlich gibt, meine Mühe. Sie muss hier einstehen und sagen, welcher Weg eingeschlagen werden soll. Deshalb braucht es einen Volksentscheid. Es gibt mehrere Banken, beispielsweise die Basler Bank Sarasin, die kürzlich wieder ganz klar aufgezeigt hat, dass sich Investieren lohnt. Wir haben eine INFRAS-Studie für den Raum Bern durchführen lassen, die aufzeigt, dass es sich volkswirtschaftlich lohnt, in erneuerbare Energie zu investieren, sogar mehr als in Grosskraftwerke, auch im Hinblick auf Arbeitsplätze.

Zum Schluss noch eine Bemerkung als Unterschriftensammlerin für die Initiative: Wenn ich sammeln gehe, sage ich jeweils den Leuten, dass es später einen Volksbeschluss geben werde, dass sie entscheiden könnten und auch die gegenseitige Position hören würden. Jetzt müssen wir dies anscheinend anders machen, weil wir die Sache im Parlament beschliessen können. Ich finde das Vorgehen undemokratisch.

Peter Ammann (GLP): Zum Votum von Jimmy Hofer. Ich habe kürzlich eine Motion von Ihnen zum Kulturbereich unterschrieben. Bei bestimmten Themen gehen wir einig, nicht aber bei der Energiefrage. Einem Krebsopfer mit Strahlungsschäden ist es wahrscheinlich egal, ob die Technik versagt hat oder ob ein Mensch einen Fehler gemacht hat. Wenn es Opfer gibt, sind die Schäden in diesem Technologiebereich extrem. Ich denke auch, dass die Technik des AKWs Mühleberg sicher ist. Die Verhältnissen in Russland, Stichwort Wiederaufbereitung, oder in Nigeria, Stichwort Abbau, verweisen ja eigentlich nur auf den gestrigen Rundschaubericht, und der hat mich ziemlich schockiert. Zum letzten Punkt: Jimmy Hofer, Sie sind auch Unternehmer, Sie können wirtschaftlich denken und rechnen. Weshalb, denken Sie, sind die Privatversicherungen nicht bereit, Atom- resp. Kernanlagen so zu versichern, wie sie jedes andere technische Geschäft, jede andere Betriebsanlage versichern? Letzte Woche schrieb ich einen Leserbrief. Vielleicht haben Sie ihn gesehen. In der Gesetzgebung existiert seit Beginn der Zivilatomtechnologie die Haftungsbeschränkung. Die Betreiber der Anlagen hätten damals ohne Haftungsbeschränkung nicht begonnen, Atomkraftwerke zu bauen. Ich weiss, weshalb.

Ruedi Keller (SP): Noch einige Wort zum Thema Arbeitsplätze, Bernhard Eicher. Im Moment ist es so, dass sich die Arbeitsplätze in der Stromproduktion zum grössten Teil gar nicht bei ewb befinden. Man bezieht Strom aus anderen Werken, die beteiligt sind. Man geht derzeit davon aus, dass man mit der Inbetriebsetzung der neuen KVA, die auch ein Kraftwerk beinhaltet, Beteiligungen an Fessenheim abtosses kann. Es werden also im Gegensatz zu dem, was Bernhard Eicher behauptet, Arbeitsplätze von Frankreich in die Schweiz, nach Bern, verlagert, indem die Angestellten bei ewb Strom produzieren werden, der nun in Fessenheim produziert wird. Was dann geschieht, hängt sehr stark davon ab, wie viele Projekte in der Schweiz aufgeglegt werden, um die Produktion in der Schweiz zu betreiben, die sonst im Extremfall in der Nordsee oder in Süditalien, wie bei der BKW, angesiedelt wäre. Zu behaupten, es würden Arbeitsplätze ins Ausland verlagert, ist meines Erachtens ziemlich gewagt. Aber Sie sind der Verteidiger der Arbeitsplätze.

Bernhard Eicher (JF): Um klare Fronten zu schaffen, ist mir die Klärung einiger Punkte noch wichtig. Die Initiative müsste aufgrund der Mehrheitsverhältnisse angenommen werden. Falls nicht, müssten bitte diejenigen, die sich hier im Parlament enthalten oder Nein stimmen, den Medien erklären, weshalb sie eine Initiative unterschreiben, um dann im Parlament Nein zu stimmen. Wenn also keine taktischen Spiele betrieben werden, kommt die Initiative durch. Zur Angst, es könne zu keiner Volksabstimmung kommen: Ich kann Sie beruhigen, es wird garantiert einen Volksvorschlag geben. Wir werden das konstruktive Referendum ergreifen. Noch ein Wort an die Adresse von Ruedi Keller, der behauptet, es würden keine Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Er soll mir erklären, was denn seine Motion, die wir später behandeln werden, bedeuten soll. Einer der Punkte, die er aufgeführt hat, ist, man solle flankierende Massnahmen ergreifen, falls der Kernkraftausstieg beschlossen werde. Er soll mir erklären, wozu es flankierende Massnahmen braucht, wenn sogar Arbeitsplätze entstehen würden.

Direktor SUE *Reto Nause*: Es ist nahezu alles gesagt. Der Gemeinderat hat ewb eine Eignerstrategie gegeben. Diese positioniert ewb als Premium-Stromlieferant von sauberem, nach-

haltigem, zukunftsfähigem Strom. Dort, wo ewb heute bereits im freien Markt steht, nämlich bei der Kundschaft, die über 100 000 kWh bezieht, bewährt sich diese Strategie. Dort verkaufen wir auch Strom und dieser weist einen Mehrwert auf. ewb steht heute vor grösseren Investitionen, und das unabhängig von der Technologie, die gewählt wird. Auch wenn man in Atomkraft investieren will, wären grössere Investitionen in der näheren Zukunft nötig, und diese sind nach heutigem Stand ebenso risikoreich wie andere. Letztlich beschliessen Sie heute, wo man investieren soll. Wo sehen Sie die Zukunft für unser Stadtwerk? Sehen Sie sie bei den erneuerbaren Energien oder anderswo? Der Gemeinderat sieht die Zukunft von ewb in den erneuerbaren Energien, beim sauberen Strom. Der Gemeinderat hält auch die gesamte Produktionsstrategie von ewb, die den Ausstieg aufs Jahr 2039 terminiert, für realistisch. Er bedingt den Zubau von 11 GWh pro Jahr. Wir haben mit diesem Zubau bereits begonnen, indem die KVA Forsthaus realisiert wird, indem wir Projekte wie KWO plus unterstützen, indem die Solaranlagen in Melchnau realisiert werden etc. Auf dem Platz Bern wird kein einziger Arbeitsplatz verloren gehen. Wichtige Investitionen finden nach wie vor in Bern, in der Schweiz statt.

Der Gemeinderat ist ebenso dezidiert der Meinung, dass die Volksinitiative verantwortungslos ist. Weshalb? Sie setzt den Ausstiegszeitpunkt aufs Jahr 2030 herab. Dies bedeutet, dass die ganzen Investitionen, die wir tätigen müssen, pro Jahr viel höher ausfallen würden. Es bedeutet aber auch, dass Erträge aus Gösgen früher wegbrechen. Damit wird klar, dass sich eine Schere öffnet mit hohen finanziellen Risiken. Die Initiative ist deshalb zu schnell. Die zehn Jahre Differenz sind essentiell. Mit unserem Gegenvorschlag sind wir, was den Zeitplan anbelangt, auch nicht irgendwo auf dem Mond. Ich möchte daran erinnern, dass die Stadt Zürich mit dem ewz den Ausstieg aufs Jahr 2044 beschlossen hat. Wir sind zwar die ersten, aber wir haben ein realistisches Szenario und nicht irgendetwas, wofür wir die Verantwortung nicht übernehmen könnten. Deshalb bitte ich, auf taktische Spiele im Ratsaal zu verzichten. Es geht um viel, es geht um die Zukunft unseres Stadtwerks. Deshalb bitte ich: Ja zum Gegenvorschlag, Nein zur Initiative.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Wir kommen zur Abstimmung unter Namensaufruf. Zuerst werden die beiden Gegenvorschläge gegeneinander ausgemehrt. Anschliessend stimmen wir über die Initiative, Ja oder Nein, ab. Dann wird über den siegreichen Gegenvorschlag, Ja oder Nein, abgestimmt. Anschliessend wird die Botschaft an die Stimmberechtigten bereinigt.

- Die Abstimmungen erfolgen unter Namensaufruf. -

Beschluss

1. Der Gegenvorschlag des Gemeinderats obsiegt dem Gegenvorschlag FDP

(49 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf (Abst.Nr.: 09.09.2010-18:18 – 022).

Mit Ja stimmen: Ammann Peter GLP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Battagliero Giovanna SP, Bertschy Kathrin GLP, Bietenhard Sonja BDP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Fischer Regula GPB-DA, Gasser Judith GB, Glauser Jeannette GB, Grosjean Claude GLP, Grossi Guglielmo SP, Gutzwiller Lukas GFL, Hirsbrunner Kurt BDP, Keller Ruedi SP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Köpfler Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Mäder Martin Michel BDP, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Penher Stéphanie GB, Pinto Halua SP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schoch-Meyer Silvia SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja JUSO, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zobrist Beat SP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hanspeter FDP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Gubser Beat EDU, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jakob Roland SVP, Jost Dannie FDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Seydoux Yves FDP, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Beuchat Henri-Charles CVP

Abwesend: Bartlome Vinzenz BDP, Espinoza Tania GFL, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Rub Pascal FDP, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP
Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

2. Der Stadtrat lehnt die Initiative EnergieWendeBern ab (20 Ja, 21 Nein, 28 Enthaltungen).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf (Abst.Nr: 09.09.2010-18:18 – 023).

Mit Ja stimmen: Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Fischer Regula GPB-DA, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jakob Roland SVP, Jost Dannie FDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Seydoux Yves FDP, Theiler Luzius GPB-DA, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hanspeter FDP, Battaglioerina Giovanna SP, Bietenhard Sonja BDP, Bill Lea JA!, Gubser Beat EDU, Hirsbrunner Kurt BDP, Keller Ruedi SP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Mäder Martin Michel BDP, Michel Christine GB, Penher Stéphanie GB, Pinto Halua SP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Walliser Tanja JUSO, Wertli Béatrice CVP, Zobrist Beat SP

Enthaltungen: Ammann Peter GLP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Beuchat Henri-Charles CVP, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Gasser Judith GB, Glauser Jeannette GB, Grosjean Claude GLP, Grossi Guglielmo SP, Gutzwiller Lukas GFL, Köpfli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Mordini Patrizia SP, Schoch-Meyer Silvia SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP

Abwesend: Bartlome Vinzenz BDP, Espinoza Tania GFL, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Rub Pascal FDP, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP

Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

3. Der Stadtrat stimmt dem Gegenvorschlag des Gemeinderats zu (47 Ja, 18 Nein, 4 Enthaltungen).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf (Abst.Nr: 09.09.2010-18:19 – 024).

Mit Ja stimmen: Ammann Peter GLP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Battaglioerina Giovanna SP, Bertschy Kathrin GLP, Bietenhard Sonja BDP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Gasser Judith GB, Glauser Jeannette GB, Grosjean Claude GLP, Grossi Guglielmo SP, Gutzwiller Lukas GFL, Hirsbrunner Kurt BDP, Keller Ruedi SP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Köpfli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Mäder Martin Michel BDP, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Penher Stéphanie GB, Pinto Halua SP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schoch-Meyer Silvia SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja JUSO, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zobrist Beat SP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hanspeter FDP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Gubser Beat EDU, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jakob Roland SVP, Jost Dannie FDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Seydoux Yves FDP, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Beuchat Henri-Charles CVP, Fischer Regula GPB-DA, Theiler Luzius GPB-DA, Zbinden Rolf PdA

Abwesend: Bartlome Vinzenz BDP, Espinoza Tania GFL, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Rub Pascal FDP, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP,

Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

Der Vorsitzende *Urs Frieden:* Wir kommen nun zur Bereinigung der Botschaft. Bei den Anträgen Nr. 5 und 6 ergab sich eine kleine Differenz. Mittlerweile wurde diese bereinigt.

Tanja Sollberger (GLP) für die FSU: Im Namen der FSU werden wir bei den Anträgen Nr. 5 und 6 den Begriff „jährlichen Gewinnablieferung“ durch „ordentlichen Gewinnablieferung“ ersetzen. Die ordentlichen Ablieferungen entsprechen eher dem Betrag, der pro Jahr an Margenverlust entstehen wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 1 FSU zu (48 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltung).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf (Abst.Nr: 09.09.2010-18:20 – 025).

Mit Ja stimmen: Ammann Peter GLP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Battagliero Giovanna SP, Bertschy Kathrin GLP, Bietenhard Sonja BDP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Gasser Judith GB, Glauser Jeannette GB, Grosjean Claude GLP, Grossi Guglielmo SP, Gutzwiller Lukas GFL, Hirsbrunner Kurt BDP, Keller Ruedi SP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Mäder Martin Michel BDP, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Penher Stéphanie GB, Pinto Halua SP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schoch-Meyer Silvia SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja JUSO, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zobrist Beat SP

Mit Nein stimmen: Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Gubser Beat EDU, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jakob Roland SVP, Jost Dannie FDP, Meyer Robert SD, Seydoux Yves FDP, Theiler Luzius GPB-DA, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Fischer Regula GPB-DA

Abwesend: Aeberhard Hanspeter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Espinoza Tania GFL, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Müller Philippe FDP, Rub Pascal FDP, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP

Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 2 FSU zu (48 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf (Abst.Nr.: 09.09.2010-18:21 – 026).

Mit Ja stimmen: Ammann Peter GLP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Battagliero Giovanna SP, Bertschy Kathrin GLP, Bietenhard Sonja BDP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Gasser Judith GB, Glauser Jeannette GB, Grosjean Claude GLP, Grossi Guglielmo SP, Gutzwiller Lukas GFL, Hirsbrunner Kurt BDP, Keller Ruedi SP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Mäder Martin Michel BDP, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Penher Stéphanie GB, Pinto Halua SP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schoch-Meyer Silvia SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja JUSO, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zobrist Beat SP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hanspeter FDP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Gubser Beat EDU, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jakob Roland SVP, Jost Dannie FDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Seydoux Yves FDP, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Beuchat Henri-Charles CVP

Abwesend: Bartlome Vinzenz BDP, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Köppli Michael GLP, Rub Pascal FDP, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP

Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 3 FSU zu (50 Ja, 17 Nein).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf (Abst.Nr.: 09.09.2010-18:21 – 027).

Mit Ja stimmen: Ammann Peter GLP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Battagliero Giovanna SP, Bertschy Kathrin GLP, Bietenhard Sonja BDP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Fischer Regula GPB-DA, Gasser Judith GB, Glauser Jeannette GB, Grosjean Claude GLP, Grossi Guglielmo SP, Gubser Beat EDU, Gutzwiller Lukas GFL, Hirsbrunner Kurt BDP, Keller Ruedi SP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Mäder Martin Michel BDP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Penher Stéphanie GB, Pinto Halua SP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schoch-Meyer Silvia SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja JUSO, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zobrist Beat SP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hanspeter FDP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jakob Roland SVP, Jost Dannie FDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Seydoux Yves FDP, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: -

Abwesend: Bartlome Vinzenz BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Espinoza Tania GFL, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Marti Ursula SP, Rub Pascal FDP, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP

Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 4 FSU zu (48 Ja, 18 Nein).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf (Abst.Nr: 09.09.2010-18:22 – 028).

Mit Ja stimmen: Ammann Peter GLP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Battagliero Giovanna SP, Bertschy Kathrin GLP, Bietenhard Sonja BDP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Fischer Regula GPB-DA, Gasser Judith GB, Glauser Jeannette GB, Grosjean Claude GLP, Grossi Guglielmo SP, Gutzwiller Lukas GFL, Hirsbrunner Kurt BDP, Keller Ruedi SP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Mäder Martin Michel BDP, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Penher Stéphanie GB, Pinto Halua SP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schoch-Meyer Silvia SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja JUSO, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zobrist Beat SP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hanspeter FDP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Gubser Beat EDU, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jakob Roland SVP, Jost Dannie FDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Seydoux Yves FDP, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: -

Abwesend: Bartlome Vinzenz BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Espinoza Tania GFL, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Kusano Lea SP, Rub Pascal FDP, Theiler Luzius GPB-DA, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP

Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

5. Der Stadtrat stimmt dem modifizierten Antrag Nr. 5 FSU („ordentlichen“ statt „jährlichen“) zu (50 Ja, 18 Nein).

6. Der Stadtrat stimmt dem modifizierten Antrag Nr. 6 FSU („ordentlichen“ statt „jährlichen“) zu (50 Ja, 18 Nein).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf (Abst.Nr: 09.09.2010-18:22 – 029 und ...-18:23 – 030 sind identisch).

Mit Ja stimmen: Ammann Peter GLP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Battagliero Giovanna SP, Bertschy Kathrin GLP, Bietenhard Sonja BDP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Fischer Regula GPB-DA, Gasser Judith GB, Glauser Jeannette GB, Grosjean Claude GLP, Grossi Guglielmo SP, Gutzwiller Lukas GFL, Hirsbrunner Kurt BDP, Keller Ruedi SP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Mäder Martin Michel BDP, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Penher Stéphanie GB, Pinto Halua SP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schoch-Meyer Silvia SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja JUSO, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zobrist Beat SP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hanspeter FDP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Gubser Beat EDU, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jakob Roland SVP, Jost Dannie FDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Seydoux Yves FDP, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: -

Abwesend: Bartlome Vinzenz BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Espinoza Tania GFL, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Rub Pascal FDP, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP

Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

7. Der Stadtrat stimmt der gemäss obigen Beschlüssen bereinigten Botschaft an die Stimmberechtigten zu (49 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf (Abst.Nr: 09.09.2010-18:22 – 031).

Mit Ja stimmen: Ammann Peter GLP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bahnan Buechi Rania GFL, Battagliero Giovanna SP, Bertschy Kathrin GLP, Bietenhard Sonja BDP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Gasser Judith GB, Glauser Jeannette GB, Grosjean Claude GLP, Grossi Guglielmo SP, Gutzwiller Lukas GFL, Hirsbrunner Kurt BDP, Keller Ruedi SP, Klauser Daniel GFL, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Mäder Martin Michel BDP, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Penher Stéphanie GB, Pinto Halua SP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schoch-Meyer Silvia SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez

Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja JUSO, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zobrist Beat SP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hanspeter FDP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Friedli Rudolf SVP, Gafner Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Gubser Beat EDU, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jakob Roland SVP, Jost Dannie FDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Seydoux Yves FDP, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Beuchat Henri-Charles CVP

Abwesend: Bartlome Vinzenz BDP, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Rub Pascal FDP, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP
Präsident Urs Frieden stimmt nicht.

2 Motion Natalie Imboden (GB) vom 25. August 2005: Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel – Beteiligungsstrategie überdenken; Abschreibung

Geschäftsnummer 05.000403 / 09/340

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärte Motion abzuschreiben.

Bern, 26. August 2009

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Abschreibung der Motion stillschweigend zu.

3 Motion Ruedi Keller (SP): Energie Wende Bern Sozialverträglich: Atomausstieg ja, aber ohne Gefährdung von ewb und seinen Arbeitsplätzen

Geschäftsnummer 08.000393 / 09/197

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1a, 2-4 der Motion erheblich zu erklären und Punkt 1b abzulehnen. Er ist jedoch bereit, Punkt 1b als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 27. Mai 2009

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Der Motionär Ruedi Keller ist bereit, Ziffer 1b der Motion in eine Postulat umzuwandeln. Ziffer 1a als Motion und 1b als Postulat sind unbestritten. Die Ziffern 2 und 3 der Motion sind bestritten.

Michael Köppli (GLP) zu den Ziffern 2 und 3 der Motion: Bernhard Eicher und Ruedi Keller haben mir die Argumentation eigentlich bereits vorweggenommen. Wir sind absolut für den Atomausstieg. In der Stadt Bern soziale Begleitmassnahmen für Personen, die beispielsweise in Gösgen arbeiten, zu beschliessen, liegt bestimmt nicht in der Kompetenz der Stadt. Wenn man einen Strukturwandel wünscht, hat dies auch einen Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt zur Folge. Im Bereich der Atomkraft gehen Stellen verloren, im Gegenzug werden im Bereich von Alternativenenergien auch viele neue Stellen geschaffen. Dies ist eine Tatsache.

Motionär *Ruedi Keller* (SP): Die Ziffern 2 und 3 fordern, was im Ausland üblich ist, nämlich den Ausstieg sozial abzusichern. Wir müssen davon ausgehen, dass die Energiezukunft ungewiss ist. Wir wissen nicht genau, wie im Jahr 2039 produziert und wie der Strom verteilt

wird etc. Wir müssen davon ausgehen, dass ins Personal investiert werden muss. Nicht bei der Produktion, sondern beispielsweise bei der Verteilung. Gehen wir davon aus, dass beispielsweise sehr stark dezentral produziert wird, braucht es andere Qualifikationen als heute, und zwar bereits für Personen, die Leitungen legen oder Leitungen managen etc. Gehen wir davon aus, dass es Gleichstromübertragungen geben wird, bei denen umgewandelt werden muss, sind noch einmal zusätzliche Qualifikationen nötig. Zum Teil müsste auch Personal versetzt werden. Wir werden deshalb auch sozialpartnerschaftlich mit ewb über die Finanzierung von solchen Massnahmen diskutieren und wir werden, sollte der Stadtrat den Vorstoss ablehnen, dafür besorgt sein, dass in gegenseitigen Übereinkommen zwischen den Gewerkschaften und ewb gewisse Massnahmen gewährleistet werden.

Beschluss

1. Der Stadtrat erklärt Ziffer 1a als Motion und Ziffer 1b als Postulat erheblich.
2. Der Stadtrat lehnt Ziffer 2 der Motion ab (27 Ja, 34 Nein).
3. Der Stadtrat lehnt Ziffer 3 der Motion ab (25 Ja, 35 Nein).
4. Der Stadtrat erklärt Ziffer 4 der Motion stillschweigend erheblich.

4 Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Sicherheit: Setzt der Gemeinderat den Volksentscheid nicht um?

Geschäftsnummer 10.000189 / 10/224

- Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Diskussion zu (24 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltung). -

Interpellant *Philippe Müller* (FDP): Keine Angst, es ist nun das letzte Mal. Das Volk entschied im Frühjahr, dass es 20 000 Stunden mehr Polizeipräsenz wünscht. Es war der Gegenvorschlag, der gegenüber der Initiative obsiegt hat. Nun konnte man dem Jahresbericht entnehmen, dass die Stunden, die die Polizei vor den Stadien leistet, der ordentlichen Präsenz wieder abgezogen werden. Es gibt grosse Auseinandersetzungen und Diskussionen, wie viele Stunden gerechnet werden sollen: 20 000 wie der Gemeinderat oder 45 000 wie die Initiative? Man entschied sich für 20 000 Stunden, aber diese werden unten wieder abgezogen. So hätte man sich die ganze Diskussion ersparen können. Im ganzen Abstimmungskampf war auch nie die Rede davon. Man sprach über die Brennpunkte. Der Gemeinderat hat erwähnt, dass diese örtlich und zeitlich begrenzt seien. Vom Stadion war nie die Rede. Wenn nun die Stadionstunden abgezogen werden, kann man sie nicht einmal beeinflussen. Sie sind von den Hochrisikospiele abhängig, die es gibt, wenn YB gut rangiert ist oder in der Champions League mitspielen kann. Die Anzahl Stunden ist demnach vom Formstand von YB abhängig.

Diese 20 000 Stunden sind ein Entscheid der Bevölkerung. Ist der Formstand von YB gut, werden entsprechend mehr Stunden abgezogen und letztlich sind es nicht 20 000 Stunden mehr, sondern nur noch 15 000 oder 10 000 mehr. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Volksentscheid nicht umgesetzt wird.

Dazu kommt, dass ein klarer Widerspruch zum Ressourcenvertrag besteht. Im publizierten Factsheet, antwortet der Gemeinderat auf die Frage, ob die Stadt für Polizeieinsatzkosten grosser Ereignisse aufkommen müsse, mit Nein. Sicherheits- und verkehrspolitische Leistungen im Zusammenhang mit Grossereignissen erbringe die Kantonspolizei gegenüber der Stadt unentgeltlich. Eine Finalissima mit 600 Polizistinnen und Polizisten ist auf jeden Fall ein Grossereignis. Wenn es heisst, die Stadt müsse aufkommen, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder muss sie bezahlen oder der Aufwand wird an den eigenen Präsenzstunden abgezogen. An einer zweiten Stelle wird es noch deutlicher gesagt. In Ziffer 4.2 des Factsheets steht, die

Grosseinsätze würden der ordentlichen Polizeipräsenz angerechnet. Auch dort lautet die gemeinderätliche Antwort klar: „Nein, die Vorgaben betreffend die sichtbare uniformierte Polizeipräsenz beziehen sich nicht auf Kundgebungen und andere Einzelereignisse.“ Gemäss Ressourcenvertrag ist es heute so, dass alles abgegolten wird. Nichts kann zusätzlich in Rechnung gestellt werden. Auch das ist im Factsheet festgehalten. Wenn es zu einer Zunahme der Einsätze kommt, gibt es zuerst Verhandlungen mit dem Kanton und anschliessend allenfalls Anpassungen. Erst dann kann etwas abgezogen werden. Diese Aussagen sind klar. Nun sieht die Praxis anders aus, ohne dass man eine Begründung abgibt. Das Verhalten des Gemeinderats steht klar im Widerspruch zu seinen eigenen Aussagen. Er hat das Factsheet herausgegeben.

Eine weitere Frage: Das Referenzjahr für die Beurteilung, ob die Einsätze zugenommen hätten, ist 2005. Damals spielte Thun in der Champions League und es gab eine viel höhere Anzahl an Spielen als heute mit YB. Die Polizeieinsätze vor dem Stadion oder im Zusammenhang mit solchen Spielen waren höher als heute. Das heisst, die Einsätze haben im Vergleich zu damals nicht zugenommen, obwohl der Gemeinderat zu Frage 2 ausweichend Antwort gibt und schreibt, in der Tendenz hätten die Einsätze zugenommen. Aber insgesamt ist die Zahl heute klar tiefer. Deshalb sind wir über den jetzigen Ablauf ein bisschen erstaunt. Für zusätzliche Einsätze muss die Stadt nicht aufkommen, dennoch macht sie es nun. Dies steht klar im Widerspruch zum Volksentscheid und zu den Angaben des Gemeinderats. Wir erwarten, dass er bekannt gibt, dass er die Praxis sofort korrigiert.

Beschluss

Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden.

5 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Warten auf Godot im Bärengraben – und im BärenPark!

Geschäftsnummer 10.000168 / 10/154

Direktor SUE *Reto Nause* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt:

Die Wettbewerbsvorgaben im Jahr 2003 sahen eine Fläche von 10 000m² vor. Das Siegerprojekt enthielt neue Stallungen und deshalb eine mittige Teilung der Anlage in je 5 000 m². Der Bärengraben bietet im Vergleich knapp 700 m² Fläche.

Zu Frage 1: Ja. Der grosse Bärengraben ist Bestandteil des BärenParks und dient als Reserveanlage für besondere Situationen. In diesem Sinn war er auch Bestandteil des Projekts und wird seit der Eröffnung für solche Fälle unterhalten.

Das Beispiel vom 9. Juni 2010 zeigt denn auch deutlich, warum der Bärengraben auch in Zukunft grundsätzlich für die Bären reserviert bleiben muss. Wegen einer nötig gewordenen Wasserergänzung im Bären-Bad des BärenParks, welche mit entsprechenden Pumpen durch die Feuerwehr durchgeführt wurde, musste Finn aus Sicherheitsgründen vorübergehend in den grossen Bärengraben verlegt werden. Es zeigte sich jedoch relativ schnell, dass der Bär sich nicht sehr wohl fühlte, ständig versuchte in die Stallungen zurück zu gelangen und die Gäste nach 20 Minuten bereits die ersten Rüebli in den Graben warfen. Dies bestätigt die Annahme, dass der Graben nur als Reserveanlage genutzt werden kann.

Zu Frage 2: Bereits die Wettbewerbsvorgaben im Jahr 2003 sahen die Entwicklung eines Nutzungskonzepts für den Grossen Graben vor. Das Siegerprojekt hat hierzu eine Eisbahn vorgeschlagen. Im Betriebskonzept des BärenParks sind sowohl die vorübergehende Nutzung des Grossen Grabens als Bärenanlage wie auch die Nutzung durch hochwertige kulturelle

Veranstaltungen vorgesehen. Das Theater „Warten auf Godot“ spielt sich also im Rahmen der geplanten Nutzungen des Grossen Bärengrabens ab. Es ist ein vier Personen-Stück ohne Musik und damit dezent. Die Erfahrungen aus dieser ersten Veranstaltung werden für die Zukunft genutzt werden können, um allenfalls notwendige Anpassungen am Betriebskonzept vorzunehmen.

Für die Genehmigung der Theater-Veranstaltung ist das Polizeiinspektorat zuständig. Die Genehmigung wird u.a. von der Zustimmung der Eigentümerin, Stadtbauten Bern, abhängig gemacht. Diese wiederum sprechen die Gesuche mit dem Mieter, Tierpark Dählhölzli, ab. Weder die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie noch der Tierpark oder Stadtbauten Bern sahen einen Grund, ihre Zustimmung zu verweigern, sondern vielmehr die Chance, die neue Nutzung zu testen, um entsprechende Erfahrungen sammeln zu können.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Wie erwartet, ist die Antwort des Gemeinderats keineswegs befriedigend. Das Nutzungskonzept wurde damals abgelehnt; insbesondere wurde im Stadtrat ausdrücklich über die Idee der Eisbahn diskutiert.

Mit der Antwort bin ich gar nicht zufrieden und ich werde deshalb etwas nachreichen.

Persönliche Erklärung

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Michael Köpfli hat eine persönliche Erklärung abzugeben.

Michael Köpfli (GLP): Ich möchte, auch im Namen verschiedener GLP- und GFL-Stadtratsmitglieder, die es ebenfalls gehört haben, eine kurze persönliche Erklärung abgeben. Ruedi Keller hat, als wir seine Motion bestritten, in unsere Richtung gesagt: „Danke, Arschlöcher.“ Wir sind nun nicht dermassen beleidigt, dass wir gleich Klage einreichen werden, aber alles hat seine Grenzen.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Ich werde Ruedi Keller in der Pause fragen, ob dieser Vorwurf zutrifft. Falls ja, wird er gemäss Artikel 54 Stadtratsreglement eine Ermahnung erhalten.

6 Reglement über das Schulwesen; Teilrevision (Abstimmungsbotschaft zur Stadtratsvorlage und zum überparteilichen Volksvorschlag „Starke Volksschule“)

Geschäftsnummer 02.000419 / 10/219

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat betreffend Teilrevision des Reglements über das Schulwesen; Abstimmungsbotschaft zur Stadtratsvorlage und zum überparteilichen Volksvorschlag „Starke Volksschule“.
2. Er empfiehlt den Stimmberechtigten mit xx zu yy Stimmen bei zz Enthaltungen die Teilrevision des Reglements vom 30. März 2006 über das Schulwesen gemäss Volksvorschlag vom 19. April 2010 zur Ablehnung.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Bern, 5. Juli 2010

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die SBK: Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 23. August 2010 über die Teilrevision des Schulreglements, die Abstimmungsbotschaft zur Stadtratsvorlage und den überparteilichen Volksvorschlag „Starke Volksschule“ beraten.

Zur Sache: Am 28. Januar 2010 beschloss der Stadtrat die Teilrevision des Reglements von 2006 über das Schulwesen. Diese Teilrevision des Schulreglements bildet die Grundlage für die Umsetzung des Integrationsartikels 17. Dadurch werden die Änderungen im kantonalen Volksschulgesetz auf Gemeindeebene umgesetzt. Neben dem Artikel 17 müssen die Bestimmungen zu den Tagesschulangeboten in die ordentliche Schulgesetzgebung aufgenommen werden. Mit der Revision des Schulreglements der Stadt Bern wird nun die kantonale Gesetzgebung in der Gemeinde Bern umgesetzt, so wie dies in allen anderen Gemeinden des Kantons der Fall ist; diese müssen ihre Integrationskonzepte bis spätestens August 2011 umgesetzt haben.

Der Stadtratsbeschluss wurde am 19. Februar 2010 veröffentlicht. 60 Tage nach dessen Veröffentlichung hat das Komitee „Starke Volksschule“ mit 1 607 gültigen Stimmen einen Volksvorschlag eingereicht. Der Volksvorschlag unterscheidet sich vom teilrevidierten Schulreglement nur in Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 9 Absatz 1 und 2. Diese Änderungen beinhalten folgende Elemente: die Abschaffung der Modellvielfalt auf der Oberstufe, alle Kinder müssten grundsätzlich neu nach dem Zusammenarbeitsmodell 3a „Manuel“ unterrichtet werden. Ausnahmen sind nur möglich, wenn wichtige Gründe vorliegen, beispielsweise das Führen einer Sportklasse. Bei Ausnahmen würde der Stadtrat nach Anhörung der Lehrpersonen und der betroffenen Schulkommissionen entscheiden und nicht mehr die Schulkommissionen bzw. die Schulleitungen. Bis anhin mussten diese angehört werden.

Die Situation heute: Heute gibt es in der Stadt Bern die Modellvielfalt auf der Oberstufe. Die Schulkommissionen können zwischen drei Modellen auswählen – darunter ist auch das vom Referendum favorisierte Modell 3a (Manuel). Das Modell 3a ist kooperativ, 3b und 4 sind integrativ, alle sind durchlässig, das heisst Schülerinnen und Schüler können je nach Leistung zwischen den Niveaus wechseln. Neun von zwölf Schulstandorten unterrichten nach dem Modell 3a, einer nach Modell 3b und zwei nach Modell 4.

Bereits bei der Rückweisung des Schulreglements durch den Stadtrat im letzten Jahr haben sich die Lehrerschaft sowie die Gewerkschaften VPOD und LEBE in einem gemeinsamen Schreiben gegen Reformen ausgesprochen, die im Schnellverfahren und ohne Einbezug der Beteiligten vorangetrieben werden. Sie waren gegen die Einführung eines Einheitsmodells auf Sekundarstufe I.

Zur Botschaft an die Stimmberechtigten: Gemäss Reglement über die politischen Rechte müssen die Stimmberechtigten in zwei Varianten über die Änderungen des Schulreglements beschliessen. Die Abstimmungsform dieser Vorlage gleicht einem Gegenvorschlag. Beide Vorlagen können angenommen, abgelehnt oder je einzeln angenommen oder abgelehnt werden. Entschieden wird durch die Beantwortung der Stichfrage. Bei Ablehnung beider Vorlagen gilt das alte Schulreglement. Da die Stadt das übergeordnete Recht umsetzen muss, müsste der Stadtrat nochmals über das Geschäft beraten.

Die SBK fand die Botschaft an die Stimmberechtigten gut und fair. Gegen die Vierteilung der Botschaft auf Seite 11 hat die SBK einen Antrag auf Streichung gestellt, damit die Botschaft auf Seite 10 aufhört. Damit würde dem Stimmvolk die Entscheidung „Stadtrat vs. Volksvorschlag“ einfacher gemacht. Der Antrag wurde mit 2 Ja- zu 6 Nein-Stimmen abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, diese Darstellung sei Usus. Viele Personen würden sich die Informationen in der Gegenüberstellung holen.

Zur Schlussfolgerung der SBK: Die SBK ist der Meinung, dass grundlegende Änderungen der Schulorganisation nicht in diese Teilrevision gehörten, sie würden zum jetzigen Zeitpunkt nur dazu führen, das Fuder zu überladen. Denn bereits mit der Umsetzung der kantonalen Vorgaben stehen einigen Reformen bevor: Einführung des Frühfremdsprachenunterrichts ab 2011, Französisch ab der dritten Klasse. Die Einführung des zweijährigen Kindergartens. Der Kanton will ausserdem das Übertrittsverfahren von der Primarstufe auf die Sekundarstufe vereinfachen. Das sollte eine Entlastung für die Lehrpersonen der 5. und 6. Klasse bringen.

Die SBK hat zudem die Argumente des Kantonsparlaments in Betracht gezogen, da das Parlament sich kürzlich aus folgenden Überlegungen für den Erhalt der Modellvielfalt ausgesprochen hatte: Berücksichtigung laufender Reformen und die eigene Zurückhaltung, weitere Reformen zu initiieren. Die Modellvielfalt erlaubt es, der Situation vor Ort und den Gegebenheiten an den einzelnen Standorten Rechnung zu tragen. Stichwort: Heterogenität im Kanton. Zudem müssen Modellfragen mit den Schulen – Lehrpersonen, Schulleitungen, Schulbehörden – diskutiert und entschieden werden.

Die SBK vertritt auch die Meinung, dass der Volksvorschlag sich nicht mit dem Integrationsartikel vereinbaren lässt. In Anbetracht der grossen Reform „Integration“ wäre es gut, den Status quo bei den Oberstufenmodellen beizubehalten. Die Schulen müssten sich zunehmend mit der Frage auseinandersetzen, welches Modell auf der Oberstufe ihren Grundsätzen zur Integration am nächsten kommt. Das Modell Manuel hätte vor allem bei denjenigen Schulstandorten, welche ein anderes Modell haben, grosse Auswirkungen und wohl auch Akzeptanzprobleme. Zudem ist es sehr wichtig, das Modell Twann zu behalten, da nur wenige Schulen dieses Modell 4 führen. Es bringt viele wertvolle Erfahrungen zur Integration, ist jedoch pädagogisch sehr anspruchsvoll. Andere Schulen könnten vom Know-how profitieren.

Die negativste Auswirkung des Volksvorschlags wäre, dass das Modell 3a fest im Schulreglement verankert würde und ein Veränderungsprozess ohne Änderung des Reglements nicht mehr möglich wäre.

Die Einführung des Modells 3a in der ganzen Stadt würde zudem die bereits knappen Zeitressourcen der Schulen und der Lehrerschaft in Anspruch nehmen, was wiederum zur Verschlechterung des Unterrichts und zur Überlastung der Lehrerschaft führen würde.

Die SBK hat den Volksvorschlag mit 2 Ja- zu 6 Nein-Stimmen abgelehnt. Die Botschaft an die Stimmberechtigten hat sie mit 8 Ja- zu 0 Nein-Stimmen angenommen. Sie empfiehlt dem Stadtrat, den Volksvorschlag abzulehnen und die Botschaft an die Stimmberechtigten anzunehmen.

Zum Titelbild konnte sich die SBK an ihrer Sitzung leider nicht entscheiden. Am 3. September 2010 wurde dies ans Ratsbüro delegiert.

Fraktionserklärungen

Martin Schneider (BDP) für die BDP/CVP-Fraktion: Meiner Ansicht nach gibt es eigentlich in dieser unsäglichen Debatte nichts Relevantes zu sagen. Da mir aber diese Politik, die ich nun seit eineinhalb Jahren hier erlebe, stets unheimlicher wird, und obwohl ich in dieser Zeit auch gelernt habe, auch des Öftern nichts zu sagen, möchte ich mich jetzt dennoch äussern.

Ein einheitliches, selektives, integratives und durchlässiges Modell für die Stadt Bern war die zentrale Forderung bei der Rückweisung dieses Schulreglements, mit einer Mehrheit im Stadtrat. Diese Meinung haben wir mit Nachdruck vertreten. Was ist dann geschehen? Sie wissen es. Die SVP hat zusammen mit der FDP das Einheitsmodell zu Fall gebracht – meiner Meinung nach eine unheilige Allianz. So standen wir vor einem Scherbenhaufen. Jetzt sind die Grossratswahlen vorbei. Das Wahlkampfthema Schule ist Geschichte und Bern steht neuerlich vor einem pädagogischen Scherbenhaufen. Nach unzähligen politstrategischen Spielen können die Bürgerinnen und Bürger nun zwischen Regen und Traufe wählen, zwischen Status quo, das heisst Modellvielfalt, und einem vorgegaukelten Einheitsmodell Manuel mit Ausnahmen, was de facto auf dasselbe rauskommt. Denn die drei Schulen, die ein anderes Modell haben, werden „subito“ eine Mehrheit finden, die dann beim Stadtrat anklopfen wird. Dieser muss dann wieder über etwas diskutieren, worüber viele hier keine grosse Ahnung haben. Was wir fordern, ist immer noch das, was wir vor einem Jahr verlangt haben. Wir wollen ein einheitliches Modell in der Stadt Bern, und keine Ausnahmen. Folgerichtig werden wir auch

zweimal Nein stimmen. Nein zur Modellvielfalt, Nein zur Mogelpackung. Die BDP der Stadt Bern sagt Ja zu einem einheitlichen Modell.

Henri-Charles Beuchat (CVP) für die BDP/CVP-Fraktion: Die CVP will eine moderne innovative Schule, die die individuellen Potentiale der Schülerschaft maximal fördert. Wir möchten das Beste für unsere Kinder. Wir wollen eine Volksschule und nicht unterschiedliche Bildungen in einem Selbstbedienungsladen. Das bedeutet ein einheitliches Modell, und auch das beste Modell. Konkret möchten wir das Modell Manuel. Nach dem Stadtratsbeschluss muss nun das Volk im Reglement ein Höchstmass an Bildung verankern und dem Durcheinander ein Ende setzen sowie die Modellvielfalt endlich zurückbinden. Deshalb fordern wir ein einheitliches Schulmodell und eine praxiserprobte Unterrichtsform. Nur mit einem einheitlichen Modell werden die verschiedenen Schulkreise vergleichbar. Und die Vergleichbarkeit ist leider auch eine unabdingbare Voraussetzung für eine Qualitätssicherung. Das einheitliche Modell Manuel bietet sehr viele Vorteile. Echte Klassengemeinschaft, einfachere Klassenführung, und eine gelebte Integration. Die CVP glaubt fest daran, dass man den Kindern nicht einfach jeden Stein aus dem Weg räumen soll. Aber für uns steht fest, dass die Schulabgängerinnen und Schulabgänger am Ende der Schulzeit lesen, schreiben und rechnen können. Dass sie etwas über die Geschichte unseres Landes wissen und die Naturwissenschaften kennen. Mit dem teilrevidierten Schulreglement des Stadtrats sind wir auf bestem Weg, die Idee der Volksschule, einer Volksschule, auf die die Schweiz über Jahrzehnte sehr stolz darauf war, zu begraben. Die CVP will nicht der Totengräber der Volksschule sein. Wer sind die Schuldigen? Eine bildungsbürgerliche Mittelschicht, die den Migrationsquartieren der Stadt Bern den Rücken gekehrt hat, Politiker, die vor den Problemen die Augen verschliessen oder eine Gesellschaft, die sich weigert, ganz offen und ohne rassistische Untertöne über die Folgen einer sozialen und kulturellen Veränderung zu streiten? Das Bildungssystem der Stadt Bern ist heute wie ein volatiler Börsenkurs. Uns reicht es, jedes Jahr über neue Modelle zu diskutieren, den neusten Trends der Bildungsforschung nachzulaufen – Trends, die übermorgen bereits wieder Makulatur sind. Sobald die Kinder auf dem Geburtstagskuchen fünf Kerzen ausblasen und eingeschult werden, flüchten die Eltern vor den bekannten Berner Schulghettos in andere Quartiere. Der CVP ist es nicht egal, ob sich unsere Kinder in der Schule wohlfühlen, wie im Klassenzimmer der Schulstoff vermittelt wird, wie gut sie in der Oberstufe auf eine Berufslehre vorbereitet werden. Deshalb stehen wir für ein einheitliches Schulmodell ein – und das ist das Schulmodell Manuel.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die GFL/EVP-Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion ist nicht ganz gleicher Meinung wie Henri-Charles Beuchat. Wir werden den Volksvorschlag „Starke Volksschule“ ablehnen, und zwar im Wesentlichen aus folgenden Gründen: Wenn wir per Volksvorschlag das Übertrittsmodell Manuel flächendeckend einführen, zementieren wir das Modell Manuel über Jahre hinweg. In den nächsten fünf oder zehn Jahren wird es nicht mehr möglich sein, das Übertrittsmodell zu wechseln. Man wird jegliche Diskussion abwürgen und sagen, dies sei ein Volksentscheid gewesen. Gerade zum heutigen Zeitpunkt wäre dies fatal. Bekanntlich haben wir mit dem neuen Schuljahr die Integration gemäss Artikel 17 Volksschulgesetz eingeführt. Wir haben einen grossen Teil der Kleinklassen aufgelöst und die Kinder in die Regelklassen integriert. Im Moment hat dies insbesondere Auswirkungen auf die Unterstufe. Hier müssen sich die Lehrpersonen vorrangig an die neue Situation gewöhnen. In der Oberstufe hat sich noch nicht viel geändert, da das Übertrittsmodell immer noch dasselbe ist. Die Kinder werden in den meisten Schulkreisen stets noch nach dem Modell Manuel in Sekundarschul- und Realschulklassen eingeteilt. Aus Sicht der GFL/EVP-Fraktion kann man hier mit der Integration nicht stehen bleiben. Wer A sagt, muss auch B sagen. Wir wollen die Integration auch in der Oberstufe ganz umsetzen. In diesem Fall müssen wir jedoch ganz neu disku-

tieren, welches Übertrittsmodell sich für die Integration eignet. Mit dem Volksvorschlag „Starke Volksschule“ wäre dies nicht mehr möglich. Das Modell Manuel war zu jenem Zeitpunkt, als es eingeführt wurde, ein sehr innovatives Modell. Es war revolutionär, dass Kinder sowohl auf Real- als auch auf Sekundarschulstufe Hauptfächer besuchen konnten und in dem Sinn wurde die Durchlässigkeit zwischen Real- und Sekundarstufe angestrebt. Unterdessen ging jedoch die Entwicklung im Bildungssystem weiter. Heute arbeiten wir an der Integration nach Artikel 17 VSG. Aus Sicht der GFL/EVP-Fraktion verträgt sich dies nicht mit dem Modell Manuel. Es kann nicht sein, dass die Sekundarklassen die Schülerschaft mit den besten Noten abschöpft und das übrige Spektrum, das sehr heterogen und sehr komplex ist, einfach der Realschule überlässt. Bei der Integration geht es darum, dass alle Lehrpersonen an diesem gemeinsamen Projekt mitarbeiten und es mittragen und alle Kinder ein möglichst anregendes Umfeld erhalten, das ihren individuellen Möglichkeiten entspricht.

Wir lehnen den Volksvorschlag für das flächendeckende Modell Manuel ab. Dem Schulreglement stimmen wir selbstverständlich zu.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Christine Gygax Aglamaz*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Peter Ammann
 Cristina Anliker-Mansour
 Rania Bahnan Büechi
 Giovanna Battagliero
 Kathrin Bertschy
 Henri-Charles Beuchat
 Sonja Bietenhard
 Lea Bill
 Manfred Blaser
 Peter Bühler
 Rithy Chheng
 Conradin Conzetti
 Dolores Dana
 Bernhard Eicher
 Susanne Elsener
 Tania Espinoza
 Regula Fischer
 Rudolf Friedli
 Jacqueline Gafner Wasem
 Judith Gasser
 Jeannette Glauser
 Simon Glauser

Thomas Göttin
 Claude Grosjean
 Guglielmo Grossi
 Beat Gubser
 Lukas Gutzwiller
 Kurt Hirsbrunner
 Jimmy Hofer
 Mario Imhof
 Roland Jakob
 Ueli Jaisli
 Dannie Jost
 Ruedi Keller
 Daniel Klausner
 Vania Kohli
 Michael Köpfli
 Peter Künzler
 Lea Kusano
 Annette Lehmann
 Edith Leibundgut
 Daniela Lutz-Beck
 Martin Mäder
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu

Robert Meyer
 Patrizia Mordini
 Philippe Müller
 Stéphanie Penher
 Halua Pinto de Magalhães
 Rahel Ruch
 Hasim Sancar
 Martin Schneider
 Silvia Schoch-Meyer
 Yves Seydoux
 Tanja Sollberger
 Hasim Sönmez
 Barbara Streit-Stettler
 Luzius Theiler
 Martin Trachsel
 Gisela Vollmer
 Nicola von Greyerz
 Tanja Walliser
 Béatrice Wertli
 Manuel C. Widmer
 Rolf Zbinden
 Christoph Zimmerli
 Beat Zobrist

Entschuldigt

Vinzenz Bartlome
 Leyla Gül
 Stefan Jordi

Christine Michel
 Pascal Rub
 Miriam Schwarz

Aline Trede
 Peter Wasserfallen
 Thomas Weil

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stv. Ratssekretär
 Barbara Waelti, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
 Petra Hirt, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

Traktandenliste

Traktanden Nrn. 18 und 21 werden gemeinsam behandelt, falls die Sitzungszeit zu einer Diskussion ausreicht.

6 Fortsetzung: Reglement über das Schulwesen; Teilrevision (Abstimmungsbotschaft zur Stadtratsvorlage und zum überparteilichen Volksvorschlag „Starke Volksschule“)

Fortsetzung: Fraktionserklärungen

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Als Vertreter des Komitees „Starke Volksschule“, als Schulkommissionsmitglied und Vater von (schulpflichtigen) Kindern kann ich nicht in das Loblied auf die Gleichmacherei einstimmen. Viele Eltern bekunden Mühe mit den eingeführten neuen Systemen. Mit dem Modell Manuel, das die „Starke Volksschule“ beibehalten will, schaffen wir einen Boden zur Förderung und Forderung. Ich wiederhole nicht die ganzen Argumente, nur einige wichtige Punkte: Vor ungefähr eineinhalb Jahren hat der Stadtrat bestimmt, das Modell Twann solle in der Lorraine nicht weitergeführt werden. Nichts wurde getan, es läuft heute immer noch – so wird also ein Stadtratsbeschluss umgesetzt. Niemand stört sich daran, einige Leute vertreten heute die gegenteilige Meinung zu damals. Das lässt an der Glaubwürdigkeit der einzelnen Personen zweifeln. Auch der Stadtrat hat das Schulreglement durchgearbeitet. Von Links bis Rechts bemühte man sich, den Kindern eine gute Grundlage zu bieten. Das Komitee „Starke Volksschule“ hat eingegriffen, weil man die Gleichmacherei propagiert, gelobt und vorangeführt hat. Aktuell ist der Artikel 17 in der Umsetzung, was für die Lehrerinnen und Lehrer Schwierigkeiten bringt. Sie tun dies auch kund, werden aber leider ignoriert. Es gibt überforderte Schulkommissionen, was niemanden interessiert, engstirnig wird in gleicher Weise weitergemacht. Ich warne vor dem Qualitätsverlust der Schule und dem Verlust an Substanz bei der Lehrerschaft. Die Lehrpersonen werden mehr in Bedrängnis geraten, durch noch kleinere Pensen bei grösserem Lehrermangel, weil man das Fördern und Fordern nicht mehr in den Vordergrund stellen will.

Wenn man innerhalb einer Schulklasse auf verschiedenen Niveaus unterrichtet, würde der eine oder andere Realschüler mit einem Ohr mitkriegen, was ein Sekundarschüler macht – soweit die lobenswerte Idee, die nicht funktioniert. In der Praxis läuft es so ab, dass die Kinder räumlich getrennt voneinander in verschiedenen Gruppen unterrichtet werden, von Zusammenarbeit ist nichts zu sehen.

Unsere Fraktion unterstützt die „Starke Volksschule“. Wir helfen dabei mit, den Weg aufzuzeigen, wie ihn die Mehrheit der Schulstandorte bereits praktiziert, nämlich das Modell Manuel. Das Modell Manuel ist genauso integrativ wie die andern. Jedes Modell weist Vorteile und Fehler auf. Solange auf der Schiene der Gleichmacherei gefahren wird, wird man den Kindern nicht gerecht. Aktuell sind die Schulen bestrebt, den Eltern den Integrationsartikel zu vermitteln, indem Anlässe durchgeführt werden. Früher konnten Elternversammlungen in der Aula abgehalten werden, heute benötigt man grössere Räumlichkeiten, um mit all den besorgten Eltern, die Angst vor der ganzen Geschichte haben, die Sache durchdiskutieren zu können. Die Schule ist im Wandel begriffen – fraglich, ob in die richtige Richtung. Die „Starke Volksschule“ zeigt dem Stadtrat die Art und Weise auf, wie wir unseren Kindern wieder gerecht werden. Auf den verschiedenen Stufen kann den Kindern mittels gezielter Förderung ein Weg aufgezeigt werden. Spätestens wenn die Schüler sich auf die Suche nach einer Arbeitsstelle begeben, werden sie selektioniert. Eine Selektion muss nicht schlecht sein. Einige werden

merken, dass sie in der Gleichmacherei stehen blieben und nicht weiterkamen, so werden einige nicht den Beruf erlernen können, den sie wünschten. Die „Starke Volksschule“ will dies verhindern. Wir wollen unseren Kindern die Möglichkeit geben, ihren Fähigkeiten entsprechend etwas zu lernen, das sie später im Beruf umsetzen können. Wir dürfen nicht zugunsten einer Parteiideologie entscheiden, sondern zugunsten der Schulen und der Kinder. Sie sind unsere Zukunftsträger. Unterstützen Sie die „Starke Volksschule“.

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Wir unterstützen den Volksvorschlag. Das ist logisch, denn dieser ist auch unser Projekt. (Gerüchteweise soll es ja andere Parteien geben, die zum eigenen Projekt nein stimmen.) Der Volksvorschlag hilft, wesentlichen Fehlentwicklungen im Schulwesen entgegenzuwirken. Folgende Punkte sind für uns wichtig: 1. Wir wollen ein einheitliches Schulmodell innerhalb der Stadt Bern. Es darf nicht sein, dass eine Familie beim Umzug von einem Quartier in ein anderes, innerhalb derselben Gemeinde, auf ein völlig anderes Schulmodell trifft. Am weitesten verbreitet ist das Modell Manuel (3a), rund drei Viertel der Schulen weisen dieses Modell auf. Bei der Auswahl eines Modells liegt es nahe, auf das Modell zurückzugreifen, das sich offensichtlich bewährt hat. Ich erinnere daran: Als wir die Schulkommissionen anlässlich der Revision des Schulreglements neu aufstellten, fiel ihnen explizit die Wahl eines Modells zu, logischerweise wählten sie das in der Praxis bewährte Modell. Die Leute aus der Praxis sind der Auffassung, dass das Modell Manuel (3a) das beste unter den wählbaren Modellen ist.

Das Modell Manuel (3a) verlangt eine gewisse Selektion, vor dem Hintergrund, dass Schülerinnen und Schüler, die sich auf ähnlichen schulischen Niveaus befinden, entsprechend in der gleichen Klasse unterrichtet werden. Dies erleichtert den Lehrpersonen den Unterricht und es ist für die Kinder motivierender, wenn alle auf demselben Zug mitfahren und die Niveauunterschiede nicht zu gross sind. Weil man nicht beabsichtigt, die Kinder und Jugendlichen in Schubladen zu stecken, beinhaltet das Modell eine gewisse Durchlässigkeit. So kann beispielsweise jemand, der in Mathematik stark ist, den Matheunterricht auf Sekundarniveau besuchen und dadurch den Zugang zu einer Mechanikerlehre finden. Heute gesteht man jemandem zu, dass er bei vorhandenen Stärken in einzelnen Fächern auf dem entsprechenden Niveau unterrichtet wird. Der Volksvorschlag ist nicht generell gegen Integration. Selbst die Direktorin BSS, Edith Olibet, äusserte die Auffassung, dass Integration bei allen Modellen möglich sei (also auch mit dem Modell Manuel). Die Behauptung, dass es sich nicht mit dem Integrationsanliegen im Volksschulgesetz (VSG) Artikel 17 vereinbaren liesse, stimmt nicht. Unsere Fraktion empfiehlt, den Vorschlag des Gemeinderats abzulehnen und dem Volksvorschlag zuzustimmen.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: An der Sitzung vom 28. Januar 2010 beschloss der Stadtrat die Teilrevision des Schulreglements der Stadt Bern. Schon in der damaligen Debatte sprachen wir uns dafür aus, dass die bisherigen Schulmodelle Manuel, Spiegel und Twann beibehalten werden. Das bürgerliche Referendum ist die Antwort auf diesen Beschluss. Unter dem Deckmantel „Fördern und Fordern – Schule Stärken“ versucht das Referendumskomitee mit Unwahrheiten (betreffend Abschaffung der Kleinklassen, selektionsfreie Schule, Hausaufgabenverbot usw.) die Modellvielfalt auf der Oberstufe zu untergraben und das Zusammenarbeitsmodell Manuel (3a) als einziges für die ganze Stadt einzuführen. Zudem will das Referendum die Entscheidungsbefugnis in Ausnahmefällen beim Stadtrat verorten und nicht bei der Schulkommission bzw. den Schulleitungen.

Unsere Fraktion ist empört darüber, wie die bürgerlichen Parteien versuchen, mit der Revision des Schulreglements eine Modelldebatte auszulösen. Dabei geht es bei der Revision des Schulreglements nur um die Umsetzung der kantonalen Gesetzgebung, Stichworte Artikel 17 und Tagesschulangebote.

Wir setzen uns für eine moderne Schule ein und gegen Rückschritte in der Schulentwicklung. Die Modellvielfalt auf der Oberstufe hat sich bewährt. Die Schulkommissionen bzw. Schulleitungen können, unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, das passende Modell für ihren Schulstandort wählen. Das mit dem Referendum geforderte Einheitsmodell Manuel gefährdet gut funktionierende integrative Schulmodelle auf der Oberstufe und würde verschiedene Schulen zur Umstellung des Modells zwingen. Die Modellvielfalt erlaubt es, integrative Modelle wie Twann (alle Schülerinnen und Schüler werden in derselben Klasse mit innerer Differenzierung unterrichtet) zu realisieren. Das integrative Modell Twann hat für die Umsetzung der Integration im Kanton Bern Vorbildcharakter. Nur wenige Schulen führen dieses pädagogisch sehr anspruchsvolle Modell. Umso wichtiger ist die Erhaltung der Modellvielfalt, denn andere Schulen können von diesem Know-how profitieren. Der anderen Seite entgegen, dass das Modell Manuel (3a) nicht integrativ ist, sondern kooperativ – integrativ bedeutet, dass beide Gruppen in derselben Klasse sind. Sie sollten nicht alles glauben, was Sie hören, sondern sich informieren, wie die Modelle beschrieben werden und zu eigenen Schlussfolgerungen gelangen.

Corinne Mathieu (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Der sogenannte Volksvorschlag – seit wann besteht das Volk eigentlich aus zweieinhalb Parteien? – fordert mit der Einführung des Einheitsmodells Manuel ausgerechnet dasjenige Modell, das organisatorisch aufwendig ist und die geringste Durchlässigkeit aufweist. Mit dem Einheitsmodell Manuel wären wir in der Stadt Bern nur noch einen kleinen Rückschritt vom Modell 2 entfernt (klare Trennung von Real- und Sekundarschule ohne Durchlässigkeit). Ein häufig gehörtes Argument für das Einheitsmodell beinhaltet einen Umzug innerhalb der Stadt. Das stimmt theoretisch, aber auch mit den bestehenden drei Modellen ist ein Umzug möglich, denn man kann ein Gesuch stellen, damit man die Schule dort beenden kann, wo man sie angefangen hat. Das Argument haut nicht hin und wird auch bei mehrmaliger Wiederholung nicht wahrer.

Bei dem Schulreglement, das der Stadtrat mit grossem Mehr verabschiedete, geht es vor allem um die Umsetzung von Artikel 17 VSG. Die Integration wurde vom Grossen Rat beschlossen, der bürgerlich dominiert ist. Es geht aber nur vordergründig um das Einheitsmodell Manuel, dies ist lediglich der einzige Hebel, mit dem das Schulreglement zum Kippen gebracht werden könnte, weil die Integration als die Umsetzung von übergeordnetem Recht nicht direkt angegriffen werden kann. Aus welchem Grund die Initiantinnen und Initianten meinen, sie müssten das Schulreglement mit unwahren Behauptungen, Lügen und Halbwahrheiten durchzupfeitschen versuchen, bleibt uns schleierhaft. Eine Bemerkung zum Argument des Vorredners von der BDP, der von der unheiligen Allianz von SVP und SP sprach: Bei diesem Schulreglement formierten sich einige unheilige Allianzen, gewisse BDP-Mitglieder spielten dabei eine wichtige Rolle. Die CVP will eine moderne Volksschule – das wollen wir auch, aber offensichtlich sind unsere Vorstellungen von einer modernen Volksschule verschieden. Die CVP, FDP und SVP wollen keine moderne Volksschule, sondern eine rückwärtsgerichtete. Sie setzen auf ein pädagogisches Modell des vorletzten Jahrhunderts. Die CVP will nicht Totengräberin der Schule sein; wenn Sie so fortfahren, werden Sie dazu. Wenn sich die Kinder in der Schule wohlfühlen und die Potenziale der Einzelnen individuell gefördert werden sollen, muss man integrative und durchlässige Modelle wie Spiegel und Twann fördern und nicht auf ein Modell setzen, das im letzten Jahrhundert stehen geblieben ist. Die Schule ist im Wandel, aber mittels des sogenannten Volksvorschlages wird der Wandel gestoppt. Manuel ist nicht integrativ, sondern kooperativ. Es wird auf die Selektion verwiesen, die Manuel erfolgreich mache. Ich rufe in Erinnerung, dass auch bei den Modellen Spiegel und Twann eine Selektion stattfindet nach der sechsten Klasse. Wir sagen Nein zum rückwärtsgewandten Volksvorschlag und Ja zum fortschrittlichen Schulreglement. Wir wollen zum Wohl der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und der Lehrerschaft beim bisherigen Modell der Vielfalt bleiben mit-

tels der Förderung der zukunftsgerichteten, integrativen und durchlässigen Modelle Spiegel und Twann.

Direktorin BSS *Edith Olibet* für den Gemeinderat: Ich danke der SBK-Referentin für die Vorbereitung des Geschäftes und der SBK für die Diskussion. Heute stehen die Zusammenarbeitsformen zur Diskussion – soll es eine sein oder sind es drei, wie im Schulreglement bisher festgelegt und vom Stadtrat verabschiedet? Die heutige Regelung der Modellvielfalt ermöglicht den Standorten der Sekundarstufe I die Wahl derjenigen Zusammenarbeitsform, die von der Schule und den Lehrpersonen getragen wird. Die heutige Regelung lässt die Möglichkeit offen, den Entwicklungen und Veränderungen auch in Zukunft Rechnung zu tragen. Es ist möglich, die Zusammenarbeitsform zu wechseln, falls die Schulen gemeinsam mit den Lehrpersonen dies als richtig erachten. Die Teilrevision des Schulreglements hat der Gemeinderat unter das Motto „Soviel wie nötig – so wenig wie möglich“ gestellt. Es geht um die Umsetzung kantonaler Vorgaben auf kommunaler Ebene. Mit dem Artikel 17 VSG, dem Integrationsartikel, stehen alle Schulen momentan vor einer grossen Herausforderung. Durch eine Beschränkung der Modellvielfalt jetzt Unruhe in die Schulen zu bringen, liegt weder im Interesse der Kinder und Eltern, noch der betroffenen Lehrpersonen. Die Lehrpersonen sind Schlüsselpersonen für die Bildung der Kinder und das Wohlergehen aller Schülerinnen und Schüler. Eine Schule, die dies garantieren kann, ist eine starke Volksschule – eine Schule, die fördert und fordert, wie sie der Gemeinderat will. Die Modellvielfalt nimmt darauf Rücksicht. Der Vorwurf der Gleichmacherei trifft hier nicht zu. Vielmehr besteht Gleichmacherei ja gerade in der Forderung nach einem Einheitsmodell, wie im Volksvorschlag.

Bernhard Eicher, respektive Cristina Anliker erwidere ich betreffs des Zitats von mir, dass man mit dem Modell Manuel auch integrieren könne: Den heutigen Sekundarstufe-I-Standorten kann nicht vorgeworfen werden, sie würden nicht integrieren. Aber das Modell Manuel ist ein kooperatives Modell, die Modelle Spiegel und Twann sind integrative Modelle, so lautet die Definition der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK). Der Gemeinderat erachtet die heutige Regelung der Zusammenarbeitsformen als sachlich richtig, sie nimmt Rücksicht auf die Situation vor Ort und auf die Lehrpersonen. Der Gemeinderat will eine starke Volksschule, setzt sich dafür ein und handelt in diesem Interesse. Deshalb lehnt er den Volksvorschlag ab und empfiehlt dem Stadtrat, dies ebenfalls zu tun.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Volksvorschlag ab (20 Ja, 46 Nein, 4 Enthaltungen).
2. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsbotschaft zu (51 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung).

7 Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 10.000185 / 10/220

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Peter Künzler lässt bekannt geben, dass er bei diesem Traktandum in Ausstand tritt.

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage Planung Zonenplan „ZPP Mühledorfstrasse“.
2. Er empfiehlt den Stimmberechtigten mit ... Ja- gegen ... Nein-Stimmen bei ... Enthaltungen folgenden Beschluss zur Annahme:

Die Stadt Bern erlässt den Zonenplan „ZPP Mühledorfstrasse“, bestehend aus dem Plan Nr. 1351 / 3 vom 28.8.2009 mit Zonenvorschriften.

3. Die Botschaft an die Gemeinde wird genehmigt.

Bern, 5. Juli 2010

Änderungsantrag der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) zu den Vorschriften Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse (Botschaft, S.12):

Art. 3 Zone mit Planungspflicht (ZPP): Planungszweck

² (...) Sofern die Immissionsgrenzwerte der ES II aufgrund des zur Zeit der Baueingabe gültigen Emissionsplans des Bundesamtes für Verkehr eingehalten werden, sind bis zu ~~80%~~ **85%** der Bruttogeschossfläche zu Wohnzwecken zulässig.

PVS-Referentin *Daniela Lutz-Beck* (GFL): Die Mühledorfstrasse ist durch den Bahnhof Bümpliz Nord geprägt. Die Zuglinie trennt die beiden Siedlungsteile Bümpliz und Bethlehem. Die Bahnlinie bildet die Quartiergrenze zwischen den beiden alten Dörfern. Zwischen Bahnlinien, dem Gebäudekomplex Fellerhut und den Gebäuden der Hochschule der Künste (HKB) oder Tscharnergut befindet sich eine Art Freifläche, um die es bei diesem Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse geht. Es handelt sich um eine Zone mit Planungspflicht, das bedeutet, es geht um die Überbauungsordnung, die neu geregelt und von den Stimmberechtigten beschlossen werden muss.

Es existiert eine bauliche Verdichtungsmöglichkeit an der Bern-Neuenburg-Bahnlinie. Teile des Bahnareals und die Industriezone an der Mühledorfstrasse werden mit der Planungsvorlage in die Zone „ZPP Mühledorfstrasse“ umgeteilt. Die heute überbreite Fahrbahn wird neu aufgeteilt und erhält nordseitig ein Trottoir sowie Bushaltestellen und Kreisel. Gemeinsam mit der BLS Netz AG und dem Investor wurde das städtebauliche Konzept entwickelt, sodass die bauliche Verdichtung und die Sanierung der Haltestelle und die Zugänge aufeinander abgestimmt sind. Die vorliegende Planungsvorlage regelt nur die Überbauung ausserhalb des Bahnareals, die in der Kompetenz der Gemeinde liegt. Die Planungsvorlage besteht aus dem Zonenplan „ZPP Mühledorfstrasse“. Gestützt darauf sollen der Strassenplan Mühledorfstrasse und die Überbauungsordnung Baufeld C für die erste Bauetappe erlassen werden. Zuständig für den Erlass der ZPP sind die Stimmbürger, für den Strassenplan und die Überbauungsordnung der Gemeinderat. Der Strassenplan wird gleichzeitig mit seiner Genehmigung die Baubewilligung erhalten.

Die „ZPP Mühledorfstrasse“ legt die Grundsätze der Überbauung fest, den Planungszweck und die Gestaltungsgrundsätze. Der Strassenplan Mühledorfstrasse ist ein Vorprojekt inklusive Werkleitungen. Zudem sind die Flächen für den Landerwerb dargestellt und die Kosten berechnet worden. Der Standort an der S-Bahnstation eignet sich vorzüglich für publikumsintensive Dienstleistungsnutzungen, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Wohnungen mit Service, Alterswohnungen, Studentenwohnungen usw. sind bis zu 85 Prozent zugelassen, sofern die Anforderungen der Lärmempfindlichkeitsstufe II (ES II) erreicht werden können. Es ist nicht zwingend vorgeschrieben, dort Wohnraum zu realisieren. Der Standort eignet sich zudem nicht für Familienwohnungen, da der Aussenraum zu gering ist. In den benachbarten Hochhausüberbauungen Fellerhut und Tscharnergut sind viele Wohnungen vorhanden. Mit den beiden Grundeigentümerinnen BLS Netz AG und Swisscom Immobilien AG wurden jeweils Infrastrukturverträge abgeschlossen. Voraussetzung für die Überbauung des Bahnareals ist die Verlegung der Haltestellen des öffentlichen Verkehrs und die Einrichtung von Kreiseln, damit die Busse wenden können. Dazu muss die Mühledorfstrasse umgestaltet werden. Die Kosten werden auf etwa 1,5 Millionen Franken geschätzt (dies ist aber nicht Teil der Abstimmung). Im Rahmen der Mitwirkung gingen sieben Beiträge ein. Grundsätzlich wur-

den die vorgeschlagene Überbauung und die Verbesserungen an der S-Bahnhaltestelle sowie der Nord-Südverbindung positiv gewertet.

Zum Thema der Mehrwertabschöpfung betreffend des Infrastrukturvertrages mit der BLS wurde geklärt, dass bahneigene Gebäude und Gebäude, die zur Bahnnutzung zählen, dem Eisenbahngesetz unterstellt sind und somit nicht der Mehrwertabschöpfung unterliegen. Sollte die BLS, neben einem bahntypischen oder einem Bahnnutzungsgebäude, weitere Gebäude erstellen (was durchaus denkbar wäre), ginge daraus die Möglichkeit hervor, eine Mehrwertabschöpfung zu generieren. Ein anderer Infrastrukturvertrag existiert zum Baubereich C, welcher der Swisscom gehört. Dort beträgt die in den Unterlagen vorgesehene Mehrwertabschöpfung etwa 500'000 Franken. Die Bauherrschaften verpflichten sich, entsprechend der Planung zu bauen, weiter zu Qualitätssicherung und Minergie-Standards, zur Beibehaltung des Fussweges und zur Einhaltung der Emissionsvorgaben. Das Areal verfügt über rund 10'000 m² Nettobaufläche. Darauf sollen etwa 30'000 m² Bruttogeschossfläche realisiert werden, das entspricht einer relativ dichten Ausnutzung. Angedacht sind rund 300 Arbeitsplätze, 320 Wohneinheiten à 50 m², man rechnet mit ungefähr 480 Wohnenden. Vieles wird im Zonenplan geregelt. Die gestalterischen Anforderungen werden wiederholt, ebenso die Stellung der Gebäude, Gebäudelängen und -höhen. Zusätzlich wird geregelt, wo sich die Einfahrt für die Autos befindet, diese führt von der Bümplizstrasse weg in die unterirdische Einstellhalle. Fürs Wohnen ist die Einhaltung der Empfindlichkeitsstufe II (ES II) durch geschickte Organisation des Grundrisses und bauliche Massnahmen möglich. Der lärmintensivste Teil liegt auf der Nordseite. Grundsätzlich gilt der Lärmschutzpegel ES III, was alle in der Dienstleistungszone möglichen Nutzungen erlaubt.

Der Zonenplan enthält zusammengefasst die Masse für die Nutzung, die Lärmempfindlichkeitsstufen, die Gestaltungsgrundsätze (z. B. soll die gesamte Überbauung gestalterisch als Einheit erscheinen) und Gebäudemasse (minimal fünf bis maximal sieben Geschosse, bzw. 19 bis 26 Meter Gebäudehöhe). Es fand eine Umweltverträglichkeitsprüfung statt. Schützenswerte Naturelemente sind geregelt, entlang der Geleise muss ein durchgehender Streifen von 1,75 m Breite aus Brechschotterkies ohne Humusanteil realisiert werden. Dieser Streifen dient als Korridor für Reptilien und Amphibien und ist Grundlage für eine artenreiche Vegetation. Die PVS empfiehlt die Zonenplan-Vorlage „ZPP Mühledorfstrasse“ mit 7 Ja-Stimmen. Gleiches gilt für den Korrekturantrag sowie die bereinigte Botschaft. Die Volksabstimmung sollte am 28. November erfolgen.

Fraktionserklärungen

Gisela Vollmer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Erfreulich, dass das Umfeld der S-Bahnstation saniert wird. Es ist wichtig, den Zugang zum öffentlichen Verkehr attraktiv zu gestalten. Wir stimmen der Vorlage zu. Die bauliche Verdichtung, die vorgenommen wird, erscheint als der wichtige Schritt in die richtige Richtung. An diesem Ort geht es um die Zonenanpassung und das Projekt der BLS. Die beiden Vorlagen wären hier besser gleichzeitig behandelt worden, die Zonenplananpassung wie das BLS-Projekt, die Zugänge und die Haltestellenveränderung. Denn aus dem Eisenbahngesetz können noch Änderungen hervorgehen, die wir dann nicht mehr beeinflussen können, möglicherweise ändern sich die Fusswege zur S-Bahnstation. Die geplanten publikumsintensiven Nutzungen im Erdgeschoss begrüßen wir. Hoffentlich werden die auch umgesetzt. Mühe bereiten uns die besonderen Wohnnutzungen, was heisst das genau? Ist ein Hotel geplant, Studentenwohnen oder sogar Zweitwohnungen? Letzteres wäre nicht in unserem Interesse. Zu vermissen ist eine Festlegung des definitiven Wohnanteils, denn man kann dort wohnen. Wir hoffen, dass Wohnungen gebaut werden und der Wohnungsanteil möglichst hoch ist (mindestens 50%). Wir unterstützen den Antrag der PVS und stimmen der Abstimmungsbotschaft zu.

Mario Imhof (FDP) für die FDP-Fraktion: Unsere Fraktion unterstützt den Zonenplan. Wir sind grundsätzlich mit allen Kriterien einverstanden, die da zur Anwendung kommen, auch damit, dass man dort nicht in erster Linie Wohnungen bauen wird.

Edith Leibundgut (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Der Westen von Bern ist nicht nur im Wandel, sondern im Aufbruch. Ein als Vorstadt mit Wohntürmen bebautes Gebiet kultiviert sich zunehmend selbst. Das attraktive Brünnen mit Park und erstklassiger Architektur oder das innovative Wohnen im Stöckacker Süd sind verwirklicht. Der nördliche Teil rund um den Bahnhof weist Potenzial auf, das es zu entfalten gilt. Die bauliche Verdichtung an der S-Bahnstation Bümpliz Nord macht Sinn. Hier wurden ohne Rücksicht auf den Aussenraum Wohnbauten hochgezogen. Hier bauten die SBB vorörtliche Abstellgeleise für Güterzüge und -wagen, die heute überflüssig sind. Hier wurde der Boden um die Hochhäuser scheinbar konzeptlos zugestrichelt. Es braucht Erneuerung. Dies entspricht auch dem zunehmend lebendigen Umfeld, wie man es beispielsweise an der beliebten Cabane B der HKB erkennt. Hier macht die Planung von fünf- bis siebengeschossigen Gebäuden mit publikumsorientierter Nutzung, mit Läden und Restaurants Sinn und fügt sich gut in das bestehende Umfeld ein. Der bisher grossflächig zugestrichelte Boden, der teilweise nur rudimentär genutzt wird, kann besser aufgeteilt werden, auch um die Linienführungen von Bus und Postauto bedürfnisgerecht zu gestalten. Der Westen braucht Erneuerung, der Westen lebt Erneuerung. Entsprechend empfiehlt unsere Fraktion die Annahme der Vorlage.

Jimmy Hofer (parteilos) für die Fraktion SVPplus: Auch wir befürworten diese Zonenplanung. Wir warnen aber vor hohen Erwartungen: Man wird dort entlang der Bahngeleise keine wunderbare Landschaft antreffen. Die Situation ist derart gelagert, dass man nicht von städtebaulicher Entwicklung jubilieren kann. Man wird reine Zweckbauten erstellen müssen, wobei der Wohnanteil gering sein wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse zu (61 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen).
2. Der Stadtrat stimmt dem Änderungsantrag SBK stillschweigend zu.
3. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsbotschaft zu (59 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen).

8 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Aufwertung des SRG-Standortes Bern: Wann wird das Hauptstadt-Studio Realität?

Geschäftsnummer 10.000167 / 10/153

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Das Positionspapier zum SRG-Standort Bern steht in Zusammenhang mit dem Projekt „Hauptstadtregion Schweiz“. Während der Berner DRS-Standort dank der gut ausgebauten Abteilung Information und dem neuen Radiostudio der Hauptstadt-Funktion gerecht wird, ist das Fernsehen zu stark auf Zürich fixiert. Will die SRG ihrem Anspruch als nationale Fernseh- und Radioanstalt und Brückenbauerin zwischen den Landesteilen gerecht werden, braucht es, nach Ansicht des Gemeinderates, mehr Fernsehen in Bern.

Zu Frage 1: Auf das Positionspapier reagierten die SRG und das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Gemäss dem von SRG-Verwaltungsratspräsident Jean-Bernard Münch und SRG-Generaldirektor Armin Walpen un-

terzeichneten Schreiben vom 29. April 2009 würde eine Fokussierung der SRG-Inlandinformation in Bern der föderalistischen Grundstruktur des Unternehmens widersprechen und eine kostspielige Verlagerung von Redaktionen und Infrastruktur bedingen. Bundesrat Moritz Leuenberger wies im Brief vom 24. März 2009 darauf hin, dass die SRG in der Wahl ihrer Strukturen und Standorte frei sei, weshalb sich der Bundesrat in dieser Frage zurückhalte. Der Gemeinderat widersprach der Argumentation der SRG (Schreiben vom 20. Mai 2009) und kündigte an, sich weiterhin für die Schaffung eines „Hauptstadt-Fernsehstudios“ einzusetzen.

Zu Frage 2: Das Positionspapier blieb nicht wirkungslos. Im Rahmen der „Medienkonvergenz“ beschloss die SRG, den Standort Bern mittelfristig nicht anzutasten und an der Bundesstadt als Hauptort der Radio-Nachrichtenberichterstattung festzuhalten. Gleichzeitig entschied die SRG, die „Elefantenrunde“ am Fernsehen neu aus Bern zu senden. Allerdings bleibt der Spardruck auf das Unternehmen hoch. Davon betroffen ist die in Bern stationierte Redaktion von „swissinfo“ mit 120 Arbeitsplätzen. Streicht der Bund im Rahmen seines Sparprogramms den entsprechenden Bundesbeitrag, bedeutete dies das Ende von „swissinfo“. Der Gemeinderat wehrt sich entschieden dagegen.

Zu Frage 3: Der Gemeinderat sucht weiterhin das Gespräch mit der SRG. So fand im April 2010 ein Treffen zwischen dem Stadtpräsidenten und dem Präsidenten der SRG Deutschschweiz Viktor Baumeler, dem Fernsehdirektor Ueli Haldimann und dem Radiodirektor Iso Rechsteiner statt. Die SRG-Vertreter anerkannten Berns Bedeutung als Medienplatz und sicherten zu, dass Bern in der Radio-Nachrichtenberichterstattung auch künftig eine Hauptrolle spielen wird. Zudem einigte man sich darauf, unter Federführung der Stadt Bern den medienpolitischen Dialog zwischen Städteverband und SRG zu intensivieren. Darüber hinaus ist der Gemeinderat bestrebt, das Thema „SRG-Standort Bern“ auf die Traktandenliste des Projekts „Hauptstadtregion Schweiz“ zu setzen. Wie dies konkret umgesetzt werden kann, ist noch offen. Schliesslich koordiniert der Gemeinderat die Standortpromotion in Zusammenhang mit der SRG mit dem Regierungsrat des Kantons Bern und steht in dieser Frage in engem Kontakt mit der regionalen Trägerschaft (SRG idée suisse Bern, Freiburg und Wallis), welche die Bestrebungen des Gemeinderats unterstützt.

Zu Frage 4: Entscheidend ist, dass der Stadtrat das Projekt „Hauptstadtregion Schweiz“ unterstützt. Wenn es gelingt, den Grossraum Bern mit der Bundeshauptstadt als Mittelpunkt gleichwertig zu positionieren mit den Metropolitanregionen und Berns Sonderrolle gegenüber dem Bund als politisches Zentrum zu betonen, kommt die SRG auf Dauer nicht umhin, ihre Standort-Politik auf die Hauptstadt-Funktion auszurichten. Insofern bedeutet jeder Fortschritt, der mit dem Projekt „Hauptstadtregion Schweiz“ erzielt wird, auch einen Schritt hin zum „Hauptstadt-Studio“.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort, mit der ich zufrieden bin, und für den Einsatz in dieser Sache. Wir haben die Botschaft verstanden, nicht nur der Gemeinderat, sondern auch der Stadtrat müssen am Ball bleiben, damit wir bald einmal dieses Hauptstadtstudio erhalten.

9 Motion Fraktion GFL/EVP (Daniel Klauser, GFL/Nadia Omar, GFL): Zweirad-Parkplatz-Konzept für die Stadt Bern

Geschäftsnummer 09.000379 / 10/107

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 7. April 2010

Fraktionserklärungen

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Velofahren erfreut sich wachsender Beliebtheit. Velohändler vermelden steigende Umsätze und Zweiräder sind mehr als ein Modeaccessoire, schliesslich hält Velofahren fit, beansprucht wenig Platz, macht keinen Lärm und verpufft keine Abgase. Im Alltag gerät das Velo oftmals unter die Räder, nicht zuletzt, weil eine richtige Verkehrs- und Parkplatzplanung fehlt. Da ist noch viel zu tun. Vor allem sind Verkehrswege und Parkplätze derart zu gestalten, dass Auto- und Velofahrer sowie Fussgänger sicher ans Ziel gelangen. Für Velofahrer ist auf der Strasse an den benötigten Orten Platz zu schaffen: Beispielsweise führt bei der Veloroute von Bümpliz Richtung Köniz-Weissenbühl eine sorgfältig gelb eingebrannte Radspur über mehrere hundert Meter einer breiten ruhigen Strasse entlang und endet genau dort, wo der Verkehr hektisch wird und sich mehrspurig ins Unübersichtliche ergiesst. Wo es nötig wäre, ist kein Weg mehr markiert. Man bleibt dem Schicksal überlassen – Wildwestregeln und das Recht des Stärkeren entscheiden über ein Weiterkommen. Dasselbe gilt bei den Parkplätzen für die Fahrräder: Solange keine flächendeckende städtische Gesamtplanung vorliegt, wird die Situation mit den wild parkierten Velos nicht besser. Auch hier gilt, dass die Plätze an den benötigten Orten geschaffen werden müssen. Dazu reicht die selektive Bedarfsabklärung in Zusammenarbeit mit den Quartierleuten nicht aus. Endlich sollte eine Übersicht gewonnen werden über den aktuellen wie den künftigen Bedarf auf Gemeindegebiet. Dabei ist auf alle Verkehrsteilnehmenden Rücksicht zu nehmen, insbesondere auch auf den motorisierten Verkehr, um eine objektive, bedürfnisgerechte Planung zu erarbeiten. Wir sprechen von Planung und nicht von einem Konzept-Papiertiger. Wir meinen, dass in ein Konzept zu viel hineininterpretiert werden kann, wie beispielsweise Mindestanzahlen von Veloabstellplätzen pro Anzahl Quartierbewohner oder, dass jemand Veloparkplätze verlangen kann, ohne einen Bedarfsnachweis zu erbringen. Wir wollen keine Quartiere voller leerer Veloparkplätze. Unsere Fraktion spricht sich aus für eine massvolle Planung, aber keine einseitige, den Wildwuchs fördernde Parkplatz-Konzeptlösung. Deswegen lehnen wir die Motion ab.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Am Anfang des Votums von Ueli Jaisli tönte es so, als hätte die SVP das Velo entdeckt. Eigentlich brachte er die besten Argumente vor, um so ein Konzept zu machen. Er benannte sämtliche Vorteile des Velos und auch dessen Schwächen. Leider folgten dann die Umkehr und die Rede vom Wildwuchs. (Fast könnte man denken, der letzte Teil der Votums stamme nicht vom Redner selbst, sondern sei von der Fraktion vorgeschrieben.) Unsere Fraktion findet die Darstellung des Gemeinderates gut und begrüssenswert: Er will den umwelt- und stadtverträglichen Veloverkehr fördern, die Anteile von Fuss- und Veloverkehr steigern und den MIV reduzieren. Allerdings sieht die Realität anders aus: Veloparkplätze an zentralen Orten werden zum Verschwinden gebracht (beispielsweise bei der Auffahrt Neuengasse) und so schafft man es nicht, den grössten illegalen Parkplatz der Schweiz in der gesamten Berner Altstadt aufzuheben. Ein Zweirad-Parkplatz-Konzept kann hier abhelfen und schützt vor der weiteren Verdrängung zentraler Veloparkplätze. Wir stimmen dieser Motion zu.

Rahel Ruch (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Wir würden eine Mindestanzahl Veloparkplätze pro Quartier begrüssen, vielleicht kann die gute Idee von Ueli Jaisli im Konzept ergänzt werden. Wer das Fahrrad falsch abstellt, erhält eine Busse. Wer das Motorrad auf einen Veloparkplatz stellt, bekommt selten eine Busse. Wenn man das Fahrrad neben dem Parkplatz abstellt, weil

die Plätze von Motorrädern besetzt sind, wird das Velo gebüsst. Wer ist denn hier wann und wie falsch? Wo gibt es Platz für welche Art von Fahrzeugen? Was geschieht mit den Elektrovelos? Ein Zweiradkonzept für die Stadt Bern tut not. An Plätzen fehlt es nicht nur am Hauptbahnhof, bei den S-Bahnstationen droht dasselbe Problem. Insbesondere die S-Bahnstation Wankdorf wird mit der neuen Entwicklung mehr Pendlerinnen und Pendler und somit mehr Verkehrsteilnehmende aus allen Sparten anziehen. Die flächendeckende Analyse der Parkplatzsituation für Zweiräder macht deshalb Sinn. Unserer Ansicht nach sind Velos klar zu bevorzugen, weil sie umweltfreundlich, leise und platzsparend sind. Die Stadt soll die Quartiere und die Gewerbe miteinbeziehen, vor allem auch an Orten mit hoher Arbeitsplatzdichte, denn die Leute vor Ort können die Situation am Besten einschätzen. Unsere Fraktion nimmt die Motion an.

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die FDP-Fraktion: Wir lehnen die Motion ab, einem Postulat könnten wir allenfalls zustimmen. Die Verkehrsplaner, die an den momentan laufenden Verkehrsprojekten in der Stadt Bern arbeiten, erfassen sehr wohl die Probleme des Zweiradverkehrs und des Zweirad-Parkkonzeptes. Es macht keinen Sinn, mit besonderen Anstrengungen und mit Kostenaufwand ein Spezialkonzept ausschliesslich für Velos zu kreieren. Es geht um die Planung des öffentlichen Raumes und von öffentlichen Parkplätzen und nicht um die Bevorzugung eines bestimmten Verkehrsmittels. Ein stadtübergreifendes Konzept für das Parkieren von Fahrrädern ist unsinnig, weil der Bedarf nicht besteht. In den Quartieren werden die Velos vornehmlich auf Privatgrund abgestellt, derartige Parkmöglichkeiten gibt es genug, da besteht kein Bedarf. Der Bedarf für ein Parkraumkonzept in der Innenstadt wäre ausschliesslich für die Orte angezeigt, wo die Veloparkplätze sehr knapp sind (Bahnhofareal). Wir sind bereits daran, dies zu konzeptualisieren: Es existiert eine Velostation und eine Planung, die eine bestimmte Anzahl Plätze vorsieht. Da liegt das Problem aber nicht, es liegt vielmehr beim Bezahlen für das Abstellen der Velos. Unter der Voraussetzung, dass man in dieses Velo-Konzept die Forderung einbauen würde, dass Fahrräder nicht mehr beliebig lange gratis parkiert werden dürfen, wären wir dafür. Velos sollen am Bahnhof nur kurz parkiert bleiben. Dieses Konzept ist jedoch meilenweit davon entfernt, denn die geringste Einschränkung der Veloparkdauer rund um den Bahnhof würde auf erbitterten Widerstand sämtlicher politisch massgeblichen Kräfte auf der rot-grünen Seite stossen und wäre nicht gangbar. Daran krankt die Sache und nicht an einer falschen Planung.

Für die Motionärin *Daniel Klauser* (GFL): Mich freut, dass bei der SVP die Einsicht eingekehrt scheint, dass das Velo ein fantastisches Verkehrsmittel ist. Wir danken dem Gemeinderat für die Aufnahme unserer Idee eines Velo-Parkplatz-Konzeptes. Das Velo ist das urbane Verkehrsmittel der Zukunft. Wie die Zuwachsquote beim öffentlichen Verkehr, werden die Zuwachsqoten beim Veloverkehr ebenfalls gross sein und dieses Wachstum ist mit geeigneten Massnahmen zu fördern, dazu gehört eben auch, dass es genug Parkplätze für die Velos gibt. Der Brennpunkt ist das Gebiet rund um den Bahnhof. Aber auch in den Quartieren benötigen wir Abstellplätze. Durch ordentliches Parkieren der Velos können diese nur gewinnen. Die Erstellung eines derartigen Konzeptes ist eine Aufgabe für die Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr.

Einzelvoten

Roland Jakob (SVP): Der Aussage von Rahel Ruch, dass Velos neben den Abstellplätzen gestellt würden, weil es dort keinen Platz gebe, entgegne ich, dass man einen anderen Platz suchen und dahin ausweichen kann. Sonst gibt es ja die öffentlichen Verkehrsmittel, die dazu da sind, um Leute in die Stadt hineinzuführen. Man muss also nicht zwingend das Velo neh-

men, um fast vor das Ladengeschäft fahren zu können. Velofahrende sollen sich an das Platzangebot halten.

Jimmy Hofer (parteilos): Bei Zweirädern bin ich mit dabei, aber einige davon machen mehr Sinn und man kommt schnell vom Fleck. Ich lade Daniel Klausner, der uns weismachen will, dass die Velos geordnet dastünden, wenn es in den Quartieren Veloabstellplätze gäbe, zu einer kleinen Begehung der Rathausgasse ein: Das nächstgelegene Veloparkplatzfeld wird praktisch leer stehen, während sich die Velos vor den Restaurants unter den Lauben drängen.

Beschluss

Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich (49 Ja, 17 Nein).

10 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO (Manuel C. Widmer, GFL/Stefan Jordi, SP): Mehr Transparenz und Gewissheit für Fussgänger/innen und Velofahrende: Gemeinsam genutzte Flächen offensichtlich kennzeichnen

Geschäftsnummer 09.000415 / 10/122

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 28. April 2010

Fraktionserklärungen

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die FDP-Fraktion: Unsere Opposition ist nicht fundamental, sondern gegen den Punkt 2 gerichtet. Dort wird die Durchführung einer Informations- und Kommunikationskampagne verlangt, die darauf abziele, dass Fussgänger/Fussgängerinnen und Velofahrende gemeinsam genutzte Verkehrsflächen bewusster erkennen und Rücksicht aufeinander nehmen. Das bedeutet verlorene Liebesmühe und vergebenes Geldausgeben. Es geht doch darum, dass die Verkehrsteilnehmenden eine ordentliche Signalisation vorfinden, die deutlich zeigt, dass es sich um eine Stelle handelt, wo Velofahrende und Fussgänger beide verkehren. Dies löst das Problem. Folgende Schlussbemerkung: Wenn die Velos sich trotz der Signalisation Sonderrechte herausnehmen und bei einer Haltestelle rechts neben dem Bus über das Trottoir fahren, weil sie nicht wie die anderen Verkehrsteilnehmenden warten können, ist natürlich mit Problemen zu rechnen. Es gilt sich zu überlegen, ob es nicht grundsätzlich verboten sein sollte, bei einer Kapthaltestelle mit dem Velo über das Trottoir zu fahren. Soll es denn erlaubt sein, hat man es eben so. Wir sprechen uns aber für klare Signalisationen aus, damit Konflikte vermieden werden können. Eine Studie braucht es nicht.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Der Vorstoss soll nicht den Eindruck erwecken, wir befürworteten, dass die Velos noch mehr auf den Trottoirs fahren. Wir betonen unsern Grundsatz: Velos auf die Strasse – Das Trottoir gehört den Fussgängerinnen und Fussgängern. Es gibt wenige Plätze, wo es sinnvoll ist, dass Velos und zu Fuss Gehende sie gemeinsam nutzen, wie beim Kursaal. Als Negativbeispiel dient der Thunplatz mit der weiterführenden Thunstrasse, wo die Velos über das Trottoir geführt werden müssen, weil ein paar Auto-parkplätze nicht aufgehoben werden können und es eng wird mit dem Tram; bis die Velofahrer schliesslich immer mehr Raum auf den Trottoirs beanspruchen und es zu diesem Konflikt zwischen Velofahrenden und zu Fuss Gehenden kommt. Dazu ein Kompliment an die Direkti-

on TVS: Mittlerweile sind die paar Parkplätze aufgehoben worden (und woanders wieder addiert), es existiert ein Velostreifen und die Velos können runter vom Trottoir. Für den MIV mag es Vorteile bringen, wenn der Veloverkehr auf die Trottoirs ausweicht; so haben sie freie Fahrt, ohne Rücksicht nehmen zu müssen. Aber Autos und Velos müssen sich den knappen Platz auf den Strassen teilen. Velofahrende sind angehalten zur Rücksichtnahme auf den Fussverkehr. Bei diesem Postulat geht es um die Plätze mit Mischnutzungen, beispielsweise Spitalgasse oder Schmiedenplatz, wo es Sinn macht, dass die Velos diese Route fahren. Es muss aber klar signalisiert werden, damit die zu Fuss Gehenden auf Veloverkehr gefasst sind.

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Die neue Regelung an gewissen Orten führte zu Irritationen bei den Fussgängern, die dachten, dass Velos verbotenerweise neben ihnen durchflitzten. Dabei dürfen die das jetzt. Hier wird ein an sich berechtigtes Anliegen aufgegriffen, allerdings gilt unsere Unterstützung nur dem Punkt 1. Beim Helvetiaplatz wäre eine bessere Kennzeichnung mittels Markierungen angebracht, dadurch erübrigt sich eine übertriebene Informationskampagne. Durch deutliche Kennzeichnung werden die Irritationen ausgeräumt, nicht durch Massensendungen in den Briefkästen, die kaum jemand liest. Unsere Fraktion beantragt die punktweise Abstimmung, wobei Punkt 1 anzunehmen und Punkt 2 abzulehnen sind.

An den Vorredner Beat Zobrist richte ich eine Bemerkung zum Begriff MIV. Diese Abkürzung mit negativer Konnotation hören wir nicht gerne. Anders geschrieben bedeutet sie etwas, das nicht gut riecht. MPV wäre ein Vorschlag: Motorisierter Privatverkehr. Negative Abkürzungen wollen wir nicht in unseren Wortschatz aufnehmen.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion GLP: Gemeinsame Nutzungen nerven. Sie kennen die Situation, wenn Sie alleine ein Sechserabteil in Beschlag nehmen wollten und jemand hereintritt. Ein Vorstoss zur Überprüfung, ob die gemeinsam genutzten Flächen zwischen Velo- und Fussverkehr getrennt werden könnten, erscheint uns interessant. Daher befürworten wir Punkt 1 dieses Postulats. Gleichzeitig bleibt ein Fragezeichen gegenüber dieser Trennung: Wenn dies zu erneuten Verboten führte und es wieder hiesse „Abstiige bitte“. Beim Kornhausplatz sehe ich kaum Möglichkeiten, den Velo- und Fussverkehr zu trennen. Gegenseitige Rücksichtnahme ist dort angezeigt. Beim Waisenhaus- und beim Helvetiaplatz erscheint es möglich. Wir erwarten gespannt die Resultate des Gemeinderats, wie die Flächen getrennt werden können. Eine Informationskampagne erachten wir als unabdingbar. Fussgänger gehen Velofahrende oftmals harsch an, weil sie sich im Recht wähnen, dabei bedrängt und bedroht fühlen.

Für die Postulanten *Manuel C. Widmer* (GFL): Dieser Vorstoss ist mit (dem leider nicht anwesenden) Stefan Jordi eingereicht worden. Wir unternahmen gemeinsam eine Reise nach Amsterdam. Amsterdam bietet ein gutes Beispiel für gelungene Kennzeichnung gemeinsam genutzter bzw. getrennter Verkehrsflächen. Die Eindeutigkeit ist sehr hoch. Weitere finden sich in Norddeutschland, im Bereich Ostfriesland, wo gemeinsam genutzte Gehsteige rot markiert sind. Das ist eine kaum zu übersehende Offensichtlichkeit. Die dort gewählten Lösungen sind sensationell. Grundsätzlich basieren sämtliche Konflikte im Verkehr auf einem Kommunikationsproblem, entweder auf Nichtwissen oder auf falschen Annahmen. Dem wollen wir vorbeugen. Es ist nicht primär eine Frage, wer im Recht ist, sondern des Wissens über die Regelungen des gemeinsamen Verkehrs auf den Strassen oder den Trottoirs. Es geht nicht darum, mehr Velos auf die Trottoirs zu lenken. Es geht um die saubere Trennung des Verkehrs. Die Informationskampagne mittels Prospekt oder Webseite soll klären, an welchen Stellen Velofahrende erlaubterweise fahren dürfen und welche Flächen gemeinsam genutzt werden. Mit der punktweisen Abstimmung bin ich einverstanden, bitte nehmen Sie beide Punkte an.

Jimmy Hofer (parteilos): Der Unterschied zwischen hier und den Beispielen Holland und Norddeutschland besteht darin, dass es dort ziemlich flach ist. Velofahren macht dort mehr Sinn als in unserem hügeligen Land, wo nur 18 Prozent der Stadtbevölkerung täglich Velo fährt. Für diese kleine Minderheit sollen nun diese Kennzeichnungen gemacht werden. Wie kann Manuel Widmer träumen, dass die Velofahrer sich an die vorgegebenen Flächen halten würden? Das entspricht einem Wunschenken, besonders noch im Winter, wenn die gekennzeichneten Flächen überdeckt sind. Jedes zweite Traktandum auf Liste des heutigen Abends dreht sich um den Veloverkehr, man könnte denken, es würden 82 Prozent der Leute Velofahren. Beispiele von Rowdytum zeigen, dass Velofahrer sich weder an Flächen, noch Rotlichter oder andere Massnahmen halten. An Stellen, wo es auf den Gehsteigen reichlich Platz gäbe, beispielsweise in der Papiermühleallee, werden die Velos auf die Strasse genommen, um dadurch ein Hindernis für den Normalverkehr zu schaffen. Es zeigt sich ein schikanöses Vorgehen gegenüber dem Restverkehr, also dem motorisierten Privatverkehr. Die im Postulat geforderte Kennzeichnung bedeutet einen Over-Kill, zumal sich niemand daran hält.

Für die Postulanten *Manuel C. Widmer* (GFL): Ich erinnere Jimmy Hofer daran, dass es auch um die Fussgänger geht, die in dieser Stadt die Mehrheit bilden. Ihnen nützt es, zu wissen, wo Velos durchfahren und wo nicht. Eine Anmerkung noch: Ich weiss nicht, ob der Metzgereipersonal-Verband sich darüber freut, wenn er mit Ihrem MPV in Verbindung gebracht wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat erklärt Punkt 1 des Postulats erheblich (55 Ja, 7 Nein).
2. Der Stadtrat erklärt Punkt 2 des Postulats erheblich (45 Ja, 17 Nein).

11 Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB/Rahel Ruch, JA!): Ein Veloverleihsystem für Stadt und Agglomeration Bern

Geschäftsnummer 09.000277 / 10/025

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 20. Januar 2010

Fraktionserklärungen

Für die Motionärin *Rahel Ruch* (JA!): Paris und Barcelona haben eines, Zürich noch nicht und Bern sollte vorher ein Veloverleihsystem einrichten. Veloverleihsysteme sind in ganz Europa verbreitet und funktionieren prächtig. Der Modalsplit konnte zugunsten des Velos verändert werden. In der ganzen Schweiz werden solche Stationen gebaut, vor allem in der Romandie existieren gut vernetzte, fast flächendeckende Angebote. Bern darf den Anschluss nicht verpassen, deshalb müssen wir dieser Motion heute zustimmen, denn der Weg zur Realisierung ist noch lang. Es besteht die Gefahr, dass jede Stadt ein anderes System einführt und es so nicht möglich wäre, mit derselben Karte in Lausanne wie in Bern ein Velo zu mieten. Punkt 1 der Motion sieht deshalb vor, dass die Stadt Bern mit anderen Städten, die ein Veloverleihsystem eingeführt haben, das Gespräch aufnimmt. Zudem soll es ein flächendeckendes System sein, das über die Stadtgrenzen hinausgeht. Der Gemeinderat will die Motion nur als Pos-

tulat entgegennehmen, mit teilweise fadenscheiniger Begründung, beispielsweise, dass im UNESCO-Weltkulturerbe der Platz zu knapp und eine Velostation schlecht für das Bild sei – dagegen geben die vielen schönen Autos in der Altstadt ein prächtiges Bild ab. Ausserdem verweist der Gemeinderat auf das Gratis-Veloverleihsystem „Bern rollt“. Deswegen fordert Punkt 3 der Motion, dass das Konzept gemeinsam mit „Bern rollt“ erarbeitet werden soll, denn die Velos müssen gewartet und verschoben werden. Es gibt offene Fragen, aber das System ist bereits erfolgreich und wir können von den Erfahrungen aus anderen Städten profitieren. In vielen Städten wurden Stationen von Konzernen, Firmen oder Universitäten mitfinanziert. Mit Westside, der (veränderten) Schanzenpost, Wankdorf-City usw. sind wir in der komfortablen Lage, diese Standorte einzuschliessen. Fazit: Rennen wir nicht hinten nach, sondern fahren wir vorne mit! Ich bitte um Annahme der Motion.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Motion war zum ersten Mal am 10. Juni 2010 traktandiert, als ich von meiner Reise nach Paris (mit dem Rennvelo) zurückgekehrt war. In Paris konnte ich mir ein Bild machen: Laut den Motionärinnen existieren dort 1'450 Veloverleihstationen. Tatsächlich sah ich viele, die auch einen recht gepflegten Eindruck machten. Es sind rund 20'600 Leihräder im Verkehr. Bern ist nicht direkt mit Paris vergleichbar. In Bern liegt der Anteil des Veloverkehrs bei elf Prozent, in Paris wohl nur bei einem Prozent (und das ist noch eine Steigerung um hundert Prozent innerhalb der letzten zehn Jahre). Mittels der Einführung eines Veloverleihsystems in der Stadt Bern wäre der Umsteigeeffekt prozentual nicht stark zu steigern, fast alle besitzen ein Velo, das sie leider zu wenig benutzen. Unsere Fraktion stimmt der Motion trotzdem zu, weil wir für die Förderung des Veloverkehrs eintreten. Die vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Machbarkeitsstudie reicht uns nicht aus, weil wir schon wissen, dass ein Veloverleihsystem machbar ist, wie andere Städte beweisen. Die Argumentation des Gemeinderats erscheint uns bemüht: Beispielsweise führt er die besonderen topografischen Voraussetzungen (Aareinschnitte) an, als ob wir keine Brücken hätten. Oder – ein eher humorvoller Beitrag – die Platzknappheit in der Altstadt. Solange zahlreiche Liefer- und Privatwägen in den Parkverbotszonen Platz finden, findet sich auch ein Platz für einen legalen Veloverleihstandort. Die Motion will die Machbarkeitsstudie überspringen und verlangt ein Konzept, damit sind wir einverstanden. Der Stadtrat kann sich anschliessend zum Konzept äussern.

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die FDP-Fraktion: Aus der vorliegenden Motion lässt sich entnehmen, dass ein Veloverleihsystem eine komplizierte Angelegenheit ist. Es gibt eine lange Tradition, in Bern wurden bereits vor 20 bis 30 Jahren weisse Velos verliehen, die alle nicht mehr existieren. Dieses damalige System 1 hat versagt. Mittlerweile ist System 3 weltweit in der Erprobung, wo mittels computerunterstützter Technologien Velos vor unberechtigten Zugriffen geschützt und an den richtigen Ort zurückgelotst werden. Dazu brauchen alle eine Kreditkarte und schliesslich muss das Computersystem funktionieren. Die Velos benötigen Wartung, es müssen funktionelle Fahrradtypen sein, ob Luft- oder Vollgummireifen, ob Schaltung oder Automatik, ob Licht oder Ladestation usw. Es bieten sich zahlreiche Probleme, im technischen Bereich, im Handling oder mit den Benutzenden. Es ist eine Geschichte ohne Ende. Der Gemeinderat kann in dieser Situation den Auftrag zur Ausfertigung eines Fahrradverleihsystems vergeben. Da braucht es keine Studien oder Konzepte, derartige Anbieter existieren: Die Rent a Bike AG ist die gesamtschweizerische Velovermietung, die mit der SBB zusammenarbeitet. Sie können so etwas auf die Beine stellen, dann läuft dies privatwirtschaftlich. Der Staat muss gewisse öffentlich-rechtliche Belange regeln wie Standorte, Werbeflächen usw., hat aber sonst mit dem Veloverleihsystem nichts mehr zu tun. Wenn der Gemeinderat schreibt, er sähe keine Folgen für Personal und Finanzen, plant er wohl die beschriebene Vorgehensweise. Würde man dies so aufgleisen, wie die Motion verlangt, brächte

dies bereits in der ersten Tranche Planungskosten und im Betrieb durch den Staat fallen pro Jahr 2,3 Millionen Franken Kosten an (oder gar 5 Millionen, je nachdem, was zu den Werbeflächen ausgehandelt werden kann oder wie viele von den privaten Anbietern gegen die staatliche Konkurrenz prozessieren). Wird aber von Anfang an ein Privater damit beauftragt, wird es klappen. Falls der Staat dies macht, geht es schief und kostet dazu noch viel.

Simon Glauser (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir lehnen sowohl die Motion als auch ein allfälliges Postulat ab. Die Motionärinnen wollen ein regionales System errichten, das sogar schweizweit vereinheitlicht werden soll. Dieser Vorstoss ist hier am falschen Platz, er gehört in den Grossen Rat oder in die Regionale Verkehrskonferenz, wenn nicht sogar ins eidgenössische Parlament. Der berechtigte Verweis auf „Bern rollt“ zeigt, dass bereits ein Verleihsystem existiert. Wir haben momentan kein Geld für teure Konzepte, die schliesslich nicht realisiert werden können.

Susanne Elsener (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Viele Städte beweisen, dass es möglich und keine grosse Sache ist. Die Tatsache, dass in Bern bereits viel Velo gefahren wird, bedeutet kein Argument gegen einen Weiterausbau. Vielmehr zeigt sich daran, dass die Förderungsmassnahmen auf fruchtbaren Boden fallen und noch mehr Leute zum Velofahren gebracht werden können. Wie bei den Veloparkplätzen sind wir auch hier der Meinung, dass man neue und sinnvolle Wege gehen kann, deshalb unterstützen wir diese Motion.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion GLP: Paris hat's, Barcelona hat's, Zürich will es – die Idee ist bestechend: Velos wie öffentlicher Verkehr. Ich stelle mir dies sehr praktisch und komfortabel vor, wenn mir überall ein Velo zur Verfügung stünde, obwohl mein eigenes Velo zu Hause geblieben ist. Es gibt den grossen Einwand mit den Kosten. In anderen Städten werden in der Regel jährlich wiederkehrende Kosten in Millionenhöhe veranschlagt. Dies mag für den Steuerzahler wenig Geld sein, es bringt ihm hohen Komfortgewinn bei niedrigen Kosten. Aber ich bezweifle die Notwendigkeit, dass der Steuerzahler dies auch noch berappen muss. Es ist symptomatisch, wenn die SP auf das Konzept verzichten und direkt zur Umsetzung schreiten will. Sie hat sich noch nie für die Kosten derartiger Unternehmungen interessiert. Dies ist kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern. Wir sind bereit, die Motion als Postulat zu überweisen, damit die Idee eingehend überprüft werden kann.

Einzelvotum

Rudolf Friedli (SVP): Ein Veloverleihsystem ist überflüssig und unnötig. Jeder besitzt ein Velo oder kann sich eines kaufen. Es ist nicht einzusehen, wieso die Stadt Bern Fahrräder zur Verfügung stellen sollte. Der Fussgänger kauft seine Schuhe schliesslich auch selbst und besorgt neue Besohlung. Wo kämen wir hin, wenn die Stadt auch noch Schuhe und Sohlen subventionierte, dies erscheint überfürsorglich.

Beschluss

Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich (32 Ja, 28 Nein).

12 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): „Ozon-Ticket“ für BERNMOBIL

Geschäftsnummer 09.000300 / 10/008

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 13. Januar 2010

Postulant *Manuel C. Widmer* (GFL): Es geht nicht darum, Gratis-öV anzubieten, nicht darum, mehr Geld auszugeben oder etwas zu verteufeln. Vielmehr geht es um eine bestechend einfache Idee, welche die Stadt Strassburg erfolgreich umgesetzt hat. Wenn in Bern die Ozonwerte das zulässige Mass übersteigen, werden die Leute angehalten (insbesondere Kinder und ältere Leute) auf die Aufenthalte im Freien weitmöglichst zu verzichten. In Strassburg bieten die öV an den betreffenden Tagen die Möglichkeit, mittels eines gekauften Kurzstreckentickets während des ganzen Tages den öV zu nutzen. So sollen die Leute zum Umsteigen auf den öV bewegt werden, die diesen sonst kaum nutzen. In Strassburg gilt auch ein Ticket für ein P+R-Parkhaus als öV-Fahrschein. Das Postulat verlangt, dass die Stadt mit möglichen Partnern in Verhandlungen tritt. Es geht also darum, die Leute an den Tagen mit erhöhten Ozonwerten zum Umsteigen zu bewegen.

Fraktionserklärungen

Halua Pinto de Magalhães (JUSO) für die Fraktion SP/JUSO: Wir kennen das Problem mit dem Sommersmog und leiden alle darunter. Es geschieht im Sommer, wenn es an mehreren Tagen nacheinander sehr heiss ist und kein Regen fällt. Wir benötigen schnell greifende Sofortmassnahmen. Dieses hier vorgestellte Konzept eignet sich gut zur Anwendung. Eine weitere Massnahme sind autofreie Tage, wie die von Leyla Gül eingereichte Motion verlangt. Wir werden das Postulat unterstützen.

Judith Gasser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Auf die Ozongrenzwertüberschreitung im Sommer, wie auf die Feinstaubüberbelastung im Winter kann man sich verlassen. Je nach Sommerloch ist das Thema in den Medien mehr oder weniger präsent. Wer den Ozonticker auf sein Natel bestellt, erhält im Sommer zahlreiche SMS. Für Leute mit Lungenproblemen, für ältere Leute und Kinder ist das Ozon ein echtes Problem: Sie leiden und sind in ihrer Lebensqualität sehr eingeschränkt. Die Ausrede, dagegen könne man nichts tun, ist zynisch – man versucht es nicht einmal. Wie längst bekannt, gibt es den kantonalen Massnahmenplan zur Luftreinhaltung, der auch für die Stadt gelten soll. Einige Massnahmen werden umgesetzt: Bei der Verkehrsplanung wird die Luftreinhaltung miteinbezogen, der Fuss- und Veloverkehr wird (mit unterschiedlicher Konsequenz) gefördert, es bestehen Auflagen und Richtlinien, aber dies sind alles Massnahmen, deren Wirkung auf längere Frist angesetzt ist. Was wirklich fehlt, sind griffige Massnahmen im akuten Fall. Vergleichbarerweise entspricht dies der Vorstellung, dass durch sehr strenge Auflagen für den Brandschutz die Feuerwehr sich erübrige. Das Problem mag zwar durch diesen Vorschlag nicht gelöst sein, aber es geht in die Richtung der erforderlichen konkreten Massnahmen. Ausserdem ist es symbolisch wichtig, weil wir damit ein Zeichen setzen, dass wir mit der Luftreinhaltung Ernst machen. Unsere Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Unsere Fraktion lehnt die Idee eines Ozon-Tickets ab. Sie mag zwar gut gemeint sein, aber sie verfehlt die Wirkung. Wie soll dies praktisch funktionieren? Als Pendler ist man nicht nur auf BernMobil angewiesen, die SBB müssten ebenfalls einbezogen werden. Ausserdem ist es unzureichend, wenn irgend ein Beamter morgens um Acht feststellt, dass der Ozonwert überschritten ist und man ab neun Uhr gratis herumfahren kann. Zu diesem Zeitpunkt sind die Leute schon längst mit dem Auto in die Stadt zur Arbeit gefahren. Stossend ist ebenfalls die Tatsache, dass einmal mehr die treuen öV-Benutzenden diskriminiert werden. Wer ein voll bezahltes Libero-Abonnement besitzt, wundert sich darüber, wenn bei solchen Aktionen diejenigen Leute gratis fahren dürfen, die sich ansonsten nicht berufen fühlen, den öV zu benutzen. Der treue Kunde scheint nach RGM-Lesart nicht viel wert zu sein, er sollte besser auf das Auto umsteigen, um dann an ein paar Tagen von den Aktionen profitieren zu können. Das ist der Denkfehler bei all der Aktionitis. Schliesslich wäre auch ein Hinweis angezeigt, wie man die finanziellen Ausfälle ausgleichen will. Wenn gratis Leute transportiert werden, entstehen dieselben Fixkosten bei geringeren Einnahmen.

Jimmy Hofer (parteilos) für die Fraktion SVPplus: Grundsätzlich erscheint dieser Vorschlag verständlich, auch wenn es sich um einen weiteren Versuch handelt, die Leute zwangsweise zum öV zu bringen. Aber trotz aller dahin gehender Bemühungen schafft man dies nicht und der Verkehr fährt weiter. Solange ich in Bern unterwegs bin (in den Tagen meiner Kindheit und Jugend gab es wohl noch keine hochempfindlichen Messgeräte), habe ich nie eine Beeinträchtigung durch dieses Ozon verspürt. Durch die Heraufsetzung der Grenzwerte wäre das Problem wohl auch gelöst. Ob ein Ozon-Ticket etwas bringt, wage ich zu bezweifeln, dahinter steckt wohl mehr schönes Gerede. Ich werde dem aber zustimmen, weil mir der Vorschlag konstruktiv erscheint. Wer wird aber dafür bezahlen? Die öV werden bestimmt Ansprüche stellen, da sie ja „gratis“ mehr Leute befördern. Ich stimme unter Vorbehalten und trotz Zweifel an der Machbarkeit zu.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Menschen mit Lungenproblemen leiden darunter auch, wenn wir keine Ozonwertüberschreitungen haben. Lassen Sie doch Lungenkrankheiten und andere gesundheitliche Probleme aussen vor und bleiben Sie beim Thema. Sonst müssen wir gar noch über die Gewohnheit der Leute sprechen, im Sommer draussen zu grillen, denn da wird auch Rauch und Staub erzeugt.

Claude Grosjean (GLP): Man kann davon ausgehen, dass dieses Parlament repräsentativ zusammengesetzt ist. So finden wir hier einerseits öV- und Velobenutzende und andererseits die dem gegenüber eher kritischen Leute. Wer von Ihnen würde denn an Tagen hoher Ozonbelastung von einem derartigen Ticket Gebrauch machen? Nachdem sich bloss zwei Leute aus Ihren Reihen gemeldet haben, sind wir in unserem Zweifel an der Wirkung dieser Massnahme bestärkt. Die bestehende Kundschaft des öV besitzt bereits ein Abonnement oder fährt Velo, eine wirkliche Umsteigewirkung und die damit verbundene Reduktion von Schadstoffen ist da nicht drin. Für uns überwiegen die entstehenden Zusatzkosten, deswegen lehnen wir das Postulat ab. Selbstverständlich sind wir an Massnahmen zur Reduktion der Ozonwerte interessiert, aber diese müssen griffig sein und nicht bloss Scheingefechte.

Einzelvoten

Luzius Theiler (GPB-DA): Jimmy Hofer sagte, er hätte von der Ozonbelastung noch nie etwas gespürt. Diese Folgen können wohl aber nicht aus der Lebenserfahrung abgeleitet werden, sondern hängen ab vom Gesundheitszustand des einzelnen. Ich selbst konnte in diesem Jahr

bei besonders schönem Sonnenschein die Folgen der Ozonbelastung deutlich spüren. Eine Solidarität mit denjenigen, die darunter zu leiden haben, wäre durchaus angebracht. In erster Linie macht dieser Vorschlag das Problem bewusst, wobei alle aufgerufen sind, etwas dagegen zu machen.

Manfred Blaser (SVP): Wer geschäftlich auf ein Fahrzeug angewiesen ist, kann nicht sein Transportgut auf den Gepäckträger eines Velos schnallen und sich so fortbewegen. Gewisse Leute sind auf das Auto angewiesen.

Tanja Sollberger (GLP): Als Ärztin erwidere ich auf Roland Jakobs Äusserung, man solle Ozonwerte nicht mit Lungenkrankheiten zusammenbringen, dass da sehr wohl ein Zusammenhang besteht, der auch in mehreren Studien nachgewiesen wurde.

Roland Jakob (SVP): Es geht darum, dass Lungenkranke vorgeschoben werden. Denken Sie auch an die Leute, die rauchen, aber trotzdem über das Ozon jammern.

Postulant *Manuel C. Widmer (GFL):* Bernhard Eicher ist zu entgegnen, dass es hier nichts gratis gibt. Die Leute müssen ein Ticket kaufen, sie erhalten aber mehr Leistung zum kleineren Preis. Das macht aber die Wirtschaft täglich, wenn ein Waschmittel plötzlich zum Aktionspreis verkauft wird, während man am Vortag noch das Doppelte bezahlen musste. Da schreit aber niemand auf. Ausserdem ist zu betonen, dass niemand zur Teilnahme an dieser Aktion gezwungen werden soll. Wer mitmachen will, tut dies auf absolut freiwilliger Basis. Wer weiterhin mit dem Auto durch die Stadt fahren will oder muss, darf dies auch weiterhin tun.

Rudolf Friedli (SVP): Ich erinnere an die Angelegenheit mit dem Tauschangebot Führerschein gegen Libero-Abonnement. Was man für den Wurf des Jahrhunderts hielt, stellte sich als ein absoluter Flop heraus – und so wird man auch beim Ozon-Ticket am Ende sagen müssen: Ausser Spesen nichts gewesen.

Beschluss

Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich (44 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung).

- Traktanden Nr. 13 und 14 werden auf eine spätere Sitzung verschoben. -

15 Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Lea Kusano, SP): Autos oder Bäume?

Geschäftsnummer 10.000188 / 10/223

Für die Interpellantin *Lea Kusano (SP):* Mit Erstaunen nimmt unsere Fraktion zur Kenntnis, dass die Verschmälerungen der Viktoria-, Laubegg- und Ostermundigenstrasse im Rahmen des Mammutprojektes Tram Bern West nie geprüft wurden. Wir finden die Aussage gewagt, dass durch dieses Basisnetz die Quartiere beruhigt würden, schliesslich fahren heute noch täglich mehr als 14'000 Autos über den Breitenrainplatz. Der Gemeinderat argumentiert dahin gehend, dass auch bei Einführung von Tempo 30 die Strasse erweitert werden müsste. Das erscheint uns als pure Behauptung, zumal die Verschmälerung dieser Strassen nie geprüft wurde. Es ist nicht einleuchtend, dass durch eine Aufhebung der Parkplätze auf den besagten Strassen zwar Platz gewonnen, aber die Strassen trotzdem nicht verschmälert werden könnten. Für uns ist es wichtig zu wissen, dass die meisten Bäume an der Viktoriastrasse an-

scheinend gesund sind. Wir werden die Antwort des Gemeinderates genauer betrachten und nötigenfalls weitere Vorstösse zu diesem Thema einreichen.

Beschluss

Die Interpellantin Fraktion SP/JUSO ist mit der Antwort nicht zufrieden.

- Traktanden Nrn. 16 bis 19 werden auf eine spätere Sitzung verschoben. -

20 Interpellation Jimmy Hofer (parteilos): Hochwasser 2005

Geschäftsnummer 10.000037 / 10/156

Beschluss

Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden.

- Traktanden Nr. 13 und 14 sowie Traktanden Nrn. 16 bis 19 und Traktandum Nr. 21 werden auf eine nächste Sitzung verschoben. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Motion Jimmy Hofer (parteilos): Leistungsvertrag Stadttheater 2011-2015
2. Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF) Verzicht auf Stadt-Fahrverbote
3. Motion Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Umweltzonen für die Stadt Bern
4. Motion Beat Gubser (EDU): Elektro-Power statt 2-Takt – Schall und Rauch
5. Interpellation Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem, FDP): Wie freiwillig war der Einsatz als Stadt-Putzequipe von 240 Schulpflichtigen wirklich?
6. Interpellation Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Lea Bill, JA!): Neue Massnahmen des Contacts im Bereich Schadensminderung
7. Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Parteipolitische Zusammensetzung der Stadtverwaltung und in Kommissionen
8. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Tanja Walliser, JUSO): Alkoholverbot bald auch in Bern?
9. Interpellation Mario Imhof (FDP), Simon Glauser (SVP): Plauschreisen des Berner Gemeinderates – Kosten und Nutzen?
10. Kleine Anfrage Michael Köpfli (GLP): Welche Massnahmen trifft die Stadt Bern bei Schulverweigerung?

andere Eingänge

Antrag an den Stadtrat (Philippe Müller, FDP): Stadtparlament gegenüber dem Gemeinderat stärken!

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*